

Abonnements-Bedingungen:
Ehemaliges Preis...
Wöchentlich 30 Pf.
Einzelne Nummer 5 Pf.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die...
Politische und gewerkschaftliche...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 2. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der U-Boot-Krieg und die Neutralen

Jedem das Seine!

Das Datum des 1. Februar bedeutet einen so tiefen Einschnitt in die Geschichte des Weltkriegs...

Als die sozialdemokratische Fraktion am 4. August 1914, damals einstimmig, die Kriegskredite annahm...

Diese Überzeugung mag man für richtig oder für falsch halten, auf alle Fälle sollte man es unterlassen...

Man braucht sich nur an das Verhältnis zu erinnern, das damals zwischen Sozialdemokratie und Regierung bestand...

Noch weniger konnte man damals auf den Gedanken kommen, daß die Fraktion durch ihre Kreditbewilligung...

Der Sinn der Kreditbewilligung besteht also nicht darin, daß die Sozialdemokratie für alles...

Dieses klare Verhältnis erfährt nun zeitweise eine Veränderung durch Umstände, die an sich gar nicht unerfreulich sind...

Die beiden Linien der Regierungspolitik und der sozialdemokratischen Politik erreichten dann den Punkt ihrer größten Annäherung am 12. Dezember vorigen Jahres...

Friedensangebot der deutschen Regierung fand bis in die Presse der 'Arbeitsgemeinschaft' hinein rückhaltloseste Zustimmung...

Oder, noch genauer ausgedrückt: selbst diese Weigerung wäre noch keine Entscheidung gewesen...

Die Gegner aber haben durch den Wortlaut ihrer Note und durch den Inhalt ihrer Bedingungen Deutschland aufs Neue vor die Lebensfrage gestellt...

So ist die neue Wendung der Dinge eingetreten. Ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Weltkriegs hat begonnen...

Verantwortung trägt sie nur für ihre eigenen Taten: für die Taten der Regierung aber nur insoweit, als sie von ihr zuvor verlangt und nachher in Wort und Schrift gebilligt worden sind...

Reichstagsausschuß und U-Boot-Krieg.

Wolffs Bureau meldet: Der Hauptausschuß des Reichstags sagte gestern die vertrauliche Besprechung der gestrigen Mitteilungen des Reichstagslers fort...

In der Nachmittagsitzung begannen die vertraulichen Verhandlungen mit Ausführungen eines Mitgliedes der Freisinnigen Volkspartei...

Die Presse zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg.

Da die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges monatelang in der Presse ventiliert worden ist und die einzelnen Blätter ihre Stellungnahme schon oft dargelegt haben...

Erklärung des U-Boot-Krieges vom 1. Februar 1915 begrüßt hat und die er jetzt nur zu unerschrocken brauche:

Wir haben diesen Augenblick mit Sehnsucht erwartet und glauben schon heute feststellen zu können, daß ein aufstrebendes, erleuchtetes 'Endlich!' die allgemeine unmittelbare Antwort des deutschen Volkes auf die Befehlsbefehle der Regierung ist...

Der jetzt vom Deutschen Reich gefasste Entschluß ist ein unbedingter und seine Durchführung wird durch nichts beirrt werden.

Ganz ähnlich begrüßt die 'Kreuzzeitung' (Luz.) den Schritt der Regierung mit einem Gefühl aufstrebender Entschlossenheit...

Es ist kein Verzweiflungsschritt, den wir tun; ruhige und sorgfältige Ermügelungen haben zu ihm geführt...

Die freikonservative 'Post' schreibt: Das deutsche Volk hat lange warten müssen, bis diese Entschlüsse von den verantwortlichen Stellen des Reiches angenommen wurde...

Zu diesem Punkt äußern sich auch die 'Berliner Neuen Nachrichten' (Unternehmensorgan):

Verdammung sei auch daher vom Tage der heiligen Tages jede Erwägung, ob ähnliche Entschlüsse vor Jahresfrist schon möglich, ob sie heilsamer und eindringlicher gewesen sein würden...

Dagegen schreibt die 'Germania', das Berliner Organ des Zentrums:

Wir gehören, wie gesagt, nicht zu denen, die die Zeit des Wagens zu lange fanden, im Gegenteil sind wir der Überzeugung, daß sie bis zum richtigen Zeitpunkt sich erstreckte...

Die alldeutsche 'Tägliche Rundschau' meint, daß das deutsche Volk mit sehr geringen Ausnahmen den Entschluß der Regierung mit Freuden begrüßen werde...

Nur soll man sich vor übertriebenen Hoffnungen hüten und nicht glauben, daß sich in Wochen oder Monatsfrist schon die volle Wirkung des U-Boot-Krieges zeigen könne...

Der parteilose 'Volksanzeiger' legt folgendes Zeugnis ab:

Wir haben in unserem Blatte immer den Standpunkt vertreten, daß der U-Boot-Krieg kommen muß, sobald alle militärisch und politisch maßgebenden Stellen über seine Notwendigkeit einig sein würden...

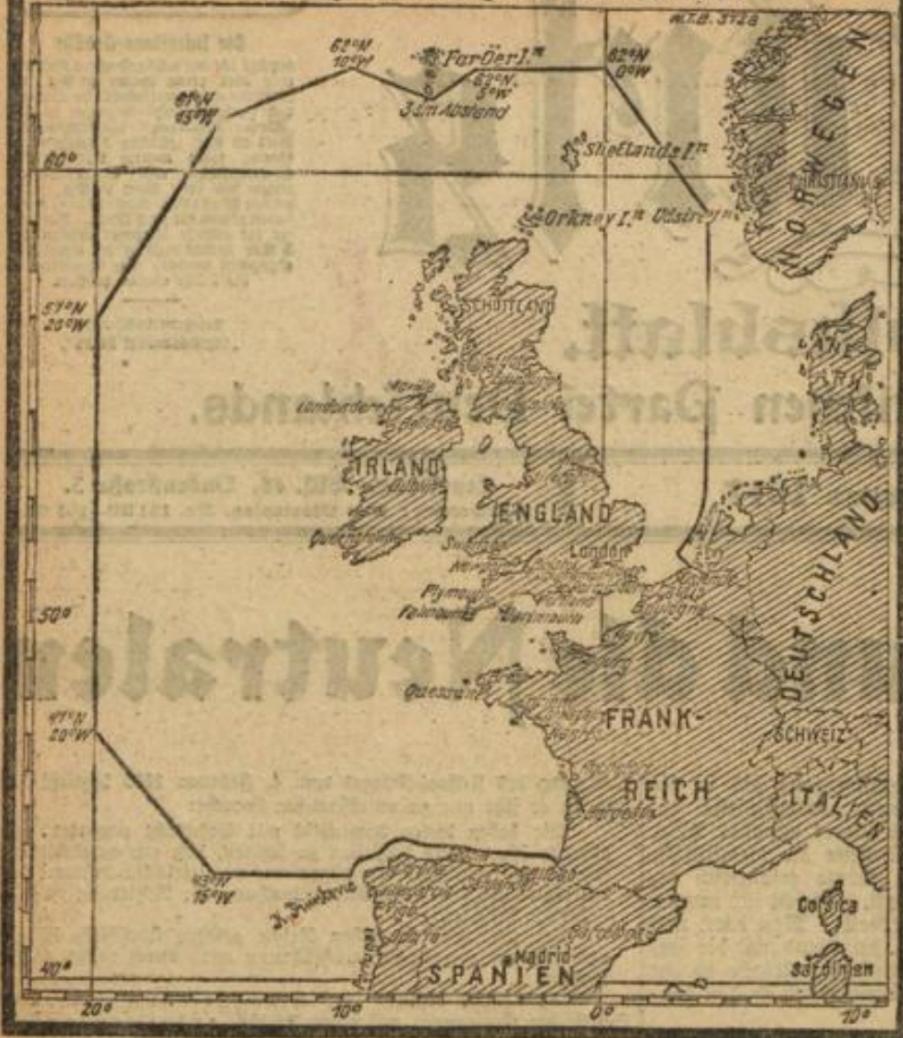
Die 'Bosfische Zeitung' ist im höchsten Grade befriedigt:

Der Schritt, den Deutschland jetzt tut, beweist aller Welt, daß es den Sieg will. Nicht um des Sieges willen, sondern weil es erkannt hat, daß der Weg zum Weltfrieden nur über den deutschen Sieg führt...

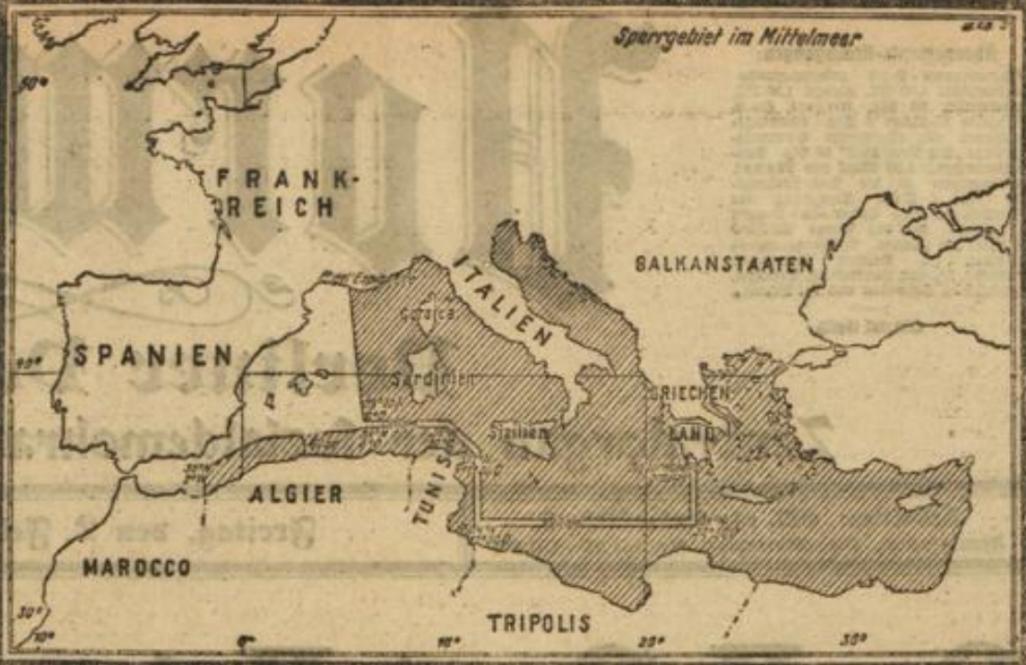
In diesem sich mit der hier vertretenen Auffassung verhältnis, schreibt Theodor Wolff im 'Berliner Tageblatt':

Es hat diesmal nicht an Zeit zum ruhigen Studium der Frage, zur Abwägung aller Möglichkeiten gemangelt, die Ereignisse haben sich nicht, wie etwa in der Julikrise von 1914, atemraubend überstürzt...

Das Sperrgebiet um England und Frankreich



Sperrgebiet im Mittelmeer



Der verschärfte U-Boot-Krieg. Die österreichisch-ungarische Note.

Auch die österreichisch-ungarische Regierung hat an sämtliche neutrale Staaten eine Note gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß vom 1. Februar ab der Unterseebootskrieg in verschärfter Form aufgenommen und innerhalb bestimmter Sperrgebiete jeder Seeverkehr unterbunden werde.

Der Beschluß ist natürlich im Einklang mit der deutschen Regierung gefaßt worden, und der Inhalt der Note entspricht dem der deutschen Ankündigung. Jedem Seeverkehr wird in den bezeichneten Sperrgebieten „ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten“. Die gesteigerte Anwendung aller Kriegsmittel allein mache die Abklärung des Krieges möglich. Die Methode, die Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten gegen Großbritannien, Frankreich und Italien fortan anwenden, sei der von diesen schon angewandten gleich. „Die Gegner waren schon bisher bestrebt, den Seeverkehr Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten zu unterbinden und diesen Mächten jede Zufuhr abzuschneiden. Gleichwie auf anderen Meeren haben sie auch in der Adria sogar Hospitalische und unbewaffnete Personendampfer ohne vorherige Warnung torpediert.“ Der Schluß der Note lautet:

„Auch dieser Entschluß wurde von Oesterreich-Ungarn in der Absicht gefaßt, durch wirksame Kriegsmittel den Kampf abzukürzen und einem Frieden näherzukommen, für den es zum Unterschied von seinen Gegnern mäßige, von keinem Vernichtungsgedanken geleitete Bedingungen ins Auge faßt, nach wie vor befehl von der Absicht, daß der Endzweck dieses Krieges keine Eroberungen, sondern freie und gesicherte Entwicklung des eigenen wie der anderen Staaten ist. In vollem Vertrauen auf die bewährte Tapferkeit ihrer Land- und Seestreitkräfte treten die verbündeten Mächte mit bitterer Entschlossenheit, aber auch mit der Gewissheit in die bevorstehende ernste Phase des Kampfes, daß dieselbe zu einem Erfolge führen werde, der das jahrelange Ringen endgültig entscheiden und hierdurch die Opfer an Gut und Blut rechtfertigen werde.“

Dem amerikanischen Votschaffer wurde diese Note mit einem Zusatz übermittelt, in dem erklärt wird, die österreichisch-ungarische Regierung habe den Inhalt der bedeutenden und von hohem stillen Ernst erfüllten Votschaft des Präsidenten Wilson an den Senat einer aufmerksamen Erwägung unterzogen. Sie verkennt nicht die erheblichen Ziele, die Wilson ins Auge faßt, muß aber vor allem feststellen, daß sein Wunsch, einen dauernden Frieden anzubahnen, dormalen schon durch die Ablehnung vererbt erscheint, die das Friedensangebot Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten seitens der Gegner erfahren hat.

Das Verhalten Hollands.

Wie aus dem Haag gemeldet wird, erhielt der niederländische Minister des Auswärtigen am Mittwochabend nach einander von den Deutschen und dem österreichisch-ungarischen Gesandten die Mitteilungen, in denen die neuen, vom nächsten Tage an geltenden Blockadefestsetzungen erläutert werden. Die Wirkung dieser Mitteilung ergibt sich aus folgenden Drahtnachrichten:

Hausden, 31. Januar. Den holländischen Dampfern „Geolandia“, „Hröom“ und „Rynsroom“ ist auf Veranlassung der holländischen Regierung die Ausfahrt verboten worden. Das Verbot bezieht sich auf alle holländischen Dampfer und Fischerfahrzeuge, die die niederländischen Hoheitsgewässer verlassen wollen, und ist durch die verschärfte deutsche U-Bootblockade, die mit dem 1. Februar beginnt, veranlaßt worden. Fremde Fahrzeuge sollen beim Verlassen der Häfen gewarnt werden. Man wartet auf die Festlegung der umgehenden Fahrtraje.

Haag, 31. Januar. Das vorläufige Verbot der Regierung, das den holländischen Schiffen die Ausfahrt aus den Häfen nach der See untersagt, erstreckt sich auch auf alle neutralen

in See gehenden Schiffe und hat den Zweck, den Schiffen erst genaue Anweisung über die einzuschlagende Route zu geben.

Das Korrespondenzbureau erfährt, daß heute nachmittag im Marineministerium eine Konferenz der niederländischen Seemänner mit den in Betracht kommenden Ministern und Marinebehörden stattfinden wird.

Der Postdampfer von Vlissingen nach London ist heute nicht ausgefahren.

Rotterdam, 1. Februar. Infolge der Ankündigung eines verschärften U-Boot-Krieges sind heute nacht keine Schiffe aus dem Nieuwe Waterweg ausgefahren.

Vlissingen—Southwold.

Wolffs Bureau teilt gestern mit: Ebenso wie für den Verkehr der regelmäßigen amerikanischen Passagierdampfer im Sperrgebiet Festlegungen getroffen sind, ist auch dem Bedürfnis des kontinentalen Passagierverkehrs dadurch Rechnung getragen, daß zwischen Vlissingen und Southwold wochentäglich in jeder Richtung ein holländischer Raddampfer unter der Bedingung verkehren darf, daß das Sperrgebiet bei Tageslicht passiert und auf dem Hin- und Rückwege Noordhinder-Feuerschiff angeheuert wird.

Auch für diese Schiffe sind, wie für die amerikanischen Passagierdampfer, besondere Abzeichen für Tag und Nacht vorgesehen.

Eindruck der Note in Madrid.

Amsterdam, 1. Februar. Das österreichische Bureau meldet aus Madrid, daß die deutsche Note dort ungeheuren Eindruck gemacht habe.

Dänisches Echo.

Kopenhagen, 1. Februar. Zu der Verschärfung des U-Boot-Krieges bringt „Politiken“ einen längeren Artikel, in dem es heißt: Die deutsche Blockadearbeitung ist ein Beweis dafür, daß wir uns im letzten Stadium des Krieges befinden, von dem man schon seit langem vorausgesetzt hatte, daß sie den neutralen Staaten die größten Schwierigkeiten bringen würde. Diese Prophezelung wird leider durch die deutsche Note auf das deutlichste bestätigt. Es ist einleuchtend, wie groß die dänischen Interessen sind, die von der neuen Maßregel getroffen werden, und es wäre auch töricht, verbergen zu wollen, daß durch die letzte deutsche Maßnahme gegenüber England auch für Dänemark eine schwierige Situation entstanden ist. Indessen wäre es auch völlig unrichtig, sich zu übertriebener Unruhe verleiten zu lassen. Bisher ist es der dänischen Regierung geglückt, Volk und Land 2 1/2 Jahre hindurch vom Kriege fernzuhalten, selbst wenn die Flammen dicht neben uns aufloderten. Offentlich kommen wir auch so durch den letzten Teil des Krieges hindurch, wenn er auch der schlimmste sowohl für die Kriegführenden als auch für die Neutralen sein wird. Die Gewalttätigkeit der Kampfmittel, die jetzt zur Anwendung gelangen, zeigt, daß das Ende des Krieges bald nahen muß.

Friedensbedingungen der Mittelmächte.

Graf Czernin an Amerika.

Der Minister des Auswärtigen Graf Czernin gewährte am Mittwoch dem Wiener Vertreter der Associated Press of America, Schreiner, ein Interview, in dessen Verlauf der Minister sich wie folgt äußerte:

„Es ist mir unbegreiflich, wie amerikanische Blätter behaupten können, unsere Feinde hätten in ihrer Antwort an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ihre Friedensbedingungen genannt, während die Mittelmächte dies unterlassen hätten. Tatsächlich haben wir, wie sich jedermann aus dem veröffentlichten Texte unserer Noten überzeugen kann, unsere Friedensbedingungen ebenso in allgemeinen Grundzügen angedeutet, wie dies unsere Feinde bezüglich der ihren getan haben. Verdrängen wir den Inhalt der Erklärung unserer Feinde, so lassen sich ihre klaren Friedensbedingungen kurz dahin zusammenfassen, daß sie Deutschland territorial amputieren, innerpolitisch seiner freien Selbstbestimmung berauben, Oesterreich-Ungarn zerstören, Bulgarien vermindern und die Türkei gänzlich vernichten wollen. Wir dagegen haben erklärt, daß wir keinen Eroberungs-, sondern einen Verteidigungskrieg führen, schon also klar und deutlich den offensiven Kriegszielen der Entente unsere defensiven entgegen. Indem wir erklärten, daß unser Krieg ein Verteidigungskrieg sei, daß wir nichts anstreben, als Sicherung unserer Existenz und unserer freien Entwicklung haben wir unsere Kriegsziele zum mindesten ebenso klar definiert, wie unsere Gegner die ihren.“

Welche Bedingungen die gemäßigteren und Mäßigeren sind, welche die Zukunft Europas und der Zivilisation sowie einem dauernden Frieden mehr sichern, die unserigen oder die unserer Feinde,

welche Bedingungen eine künftige Versöhnung möglich erscheinen lassen, das glaube ich ruhig dem unparteiischen Urteil solcher Neutralen überlassen zu können, denen das Wohl der gesamten Menschheit wirklich am Herzen liegt und die sich nicht von einer Vorliebe für den einen oder anderen Teil leiten lassen. Es liegt und sehr viel an dem Urteil des großen amerikanischen Volkes. Alles was wir von Ihren Landsleuten wünschen möchten, ist, daß sie die großen Menschheitsfragen, um die es sich handelt, mit jenem Ernst und jener pflichtgemäßen Unbefangtheit prüfen, welche die amerikanische Jury auszeichnen pflegen.

Unser Friedensangebot war loyal, ehrlich und redlich gemeint, keineswegs eine Falle oder ein Mandeville, wie unsere Feinde behaupteten. Daß es abgelehnt wurde, bedauern wir, und wir zögern nicht, dies offen zu bekennen, selbst auf die Gefahr hin, daß uns dies Bedauern, wie schon so oft, als Schwäche ausgelegt werde. Unsere Feinde haben seit Anfang des Krieges schon so viel falsches von uns, speziell gilt dies von Oesterreich-Ungarn, behauptet und prophezeit, daß dann durch die Tatsachen widerlegt wurde, daß sie wirklich schon gegen ihr eigenes Urteil etwas mißtrauisch geworden sein könnten. Wie dem auch sei, angeht die Haltung unserer Feinde, die die Berechtigung unserer in Jahrhunderten gewordenen Existenz einfach leugnen, weil sie ihnen in ihre egoistischen Theorien nicht hineinpaßt, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns auf jede billige Denkmöglichkeit zu verlassen, als uns aufs äußerste zu wehren. Die Zukunft wird beweisen, daß wir die Kraft besitzen, dies mit Erfolg zu tun.

Unsere Feinde wollen keinen Vermittlungsfrieden. Wenn sie uns zwingen, das Blutvergießen fortzusetzen, so haben sie sich das selbst anzuschreiben, und wir hoffen ernstlich, daß man dies in Amerika einsehen und dennoch unsern Entschluß nicht wird. Die Zukunft wird lehren, daß die Verwirklichung des von der Entente angekündigten Planes, uns zu vernichten, unmöglich ist. Sobald sich diese Überzeugung auch bei unseren Feinden Bahn bricht, wird der große und schöne Augenblick gekommen sein, in dem der Friedensgedanke reale Gestalt annimmt. Dann werden wir mit der edlen Friedensarbeit beginnen, eine Welt zu schaffen, die uns wie allen anderen Staaten eine freie, gesicherte Entwicklung ermöglicht und die Wiederkehr eines Weltkrieges verhindert.“

Der Krieg auf den Meeren. Englisches Hoffen auf deutsch-amerikanische Zwischenfälle.

Vor Wochenfrist wurde von London aus die Meldung verbreitet, die amerikanischen Dampfer „Anable“, „Raumer“ und „Winnebago“ seien auf der Reise nach Buenos Aires verschollen. Das sollte bei den Amerikanern die Annahme hervorrufen, als ob die Dampfer von dem deutschen Hilfskreuzer im Atlantischen Ozean versenkt worden seien. Jetzt gibt der Kopenhagener Vertreter der American Transatlantic Line bekannt, seine Firma habe auf telegraphische Anfrage in New York die Mitteilung erhalten, daß der erstgenannte Dampfer bereits in Buenos Aires eingetroffen sei und die beiden anderen Dampfer dort am 2. beziehungsweise am 12. Februar erwartet würden.

Die „Möwe“ an der Arbeit.

London, 30. Januar. Die Blätter melden, daß der englische Dampfer „Cambrian Range“ (4234 Tonnen) von dem deutschen Hilfskreuzer in den Grund gebohrt wurde.

Postraub. Die dänische Generalpostdirektion gibt bekannt, daß von dem dänischen Dampfer „Gonia“, der in inländischer Fahrt zwischen Kopenhagen und Island verkehrt, bei der Durchsicherung in Leith die gesamte Paketpost beschlagnahmt worden ist.

Versenkt und gesunken. „Lloyd“ meldet, daß der spanische Dampfer „Punta Lenos“ versenkt wurde. Der englische Dampfer „Glan Shaw“ ist auf eine Mine gelaufen und gesunken.

Direkter Draht Petersburg—London.

Kopenhagen, 1. Februar. „Berlingske Tidende“ meldet aus Geparanda: Die direkte Telegraphenverbindung zwischen Petersburg und London ist jetzt fertiggestellt und nach einer russischen Blättermeldung bereits in Betrieb genommen worden. Die Leitung geht über Finnland.

Die Kohlenkrise in Frankreich.

Die französische Kammer debattierte die Kohlenkrise. Der Abgeordnete Pavaile erklärte, die Kohlenvorräte von Paris würden bald erschöpft sein. Der Tagesverbrauch sei 7000 Tonnen, während nur 2500 täglich einträfen. Die Kohlenkrise könne nur noch 14 Tage mit ihrem Kohlenvorrat aus. Trotz dieser Zustände feierten die Kohlenverarbeiter in Saint Nazaire, weil man ihnen keine Lohnserhöhung bewilligte. La Fette ver-

Der Wolf.

Von Hermann Hesse.

Noch nie war in den französischen Bergen ein so unheimlich kalter und langer Winter gewesen. Seit Wochen stand die Luft klar, spröde und kalt. Bei Tage lagen die großen, schiefen Schneefelder mattweiß und endlos unter dem grellblauen Himmel, nachts ging klar und klein der Mond über die hübsche, ein grünlicher Frostmond von gelbem Glanz, dessen starkes Licht auf dem Schnee blau und dunn wurde und wie der leibhaftige Frost ansah. Die Menschen nieden alle Wege und namentlich die Höhen, sie lagen träge und schimpfend in den Dorfshütten, deren rote Fenster nachts neben dem blauen Mondlicht rötlich trüb erschienen und bald erloschen.

Das war eine schwere Zeit für die Tiere der Gegend. Die kleineren erfrorren in Menge, auch Bängel erlagen dem Frost, und die bageren Leichname fielen den Hirschen und Wölfen zur Beute. Aber auch diese litten furchtbar an Frost und Hunger. Es lebten nur wenige Wolfsfamilien dort, und die Rot trieb sie zu festem Verband. Tagesüber gingen sie einzeln aus. Da und dort stich eine über den Schnee, mager, hungrig und wachsam, lautlos und scheu wie ein Geheiß. Sein schwarzer Schatten glitt neben ihm über die Schneeflächen. Spärend rief er die spitze Schnauze in den Wind und ließ zuweilen ein trodenes, gequältes Geheul vernehmen. Abends aber zogen sie vollzählig aus und drängten sich mit heißen Heulen um die Dörfer. Dort war Vieh und Geflügel wohl verwahrt und hinter festen Fensterrahmen lagen Hinten angelegt. Nur selten fiel eine kleine Beute, etwa ein Hund, ihnen zu, und zwei aus der Schaar waren schon erschossen worden.

Der Frost hielt immer noch an. Die Lagen die Wölfe still und brütend bestannen, einer am andern sich wärmend und laulichten bekommen in die tote Lebe hinein, bis einer, von den grausamen Qualen des Hungers gefoltert, plötzlich mit schauerlichem Gebrüll aufbrang. Dann wandten alle andern ihm die Schnauze zu, stürrten und brachen miteinander in ein furchtbares, drohendes und klagendes Heulen aus.

Endlich entschloß sich der kleinere Teil der Schaar zu wandern. Früh am Tage verließen sie ihre Höhlen, sammelten sich und schnüpperten erregt und angstvoll in die trostlose Luft. Dann trabten sie rasch und gleichmäßig davon. Die Zurückgebliebenen sahen ihnen mit weiten, glasigen Augen nach, trabten ein paar Duzend Schritte hinterher, blieben unschlüssig und ratlos stehen und lehrten langsam in ihre leeren Höhlen zurück.

Die Auswanderer trennten sich am Mittag voneinander. Drei von ihnen wandten sich östlich dem Schweizer Jura zu, die andern zogen südlich weiter. Die drei waren schöne, starke Tiere, aber entsetzlich abgemagert. Der eingezogene, helle Bauch war schmal wie ein Riemen, auf der Brust standen die Rippen jämmerlich heraus, die Mäuler waren trocken und die Augen weit und verzweifelt. Zu dreien kamen sie weit in den Jura hinein, erbeuteten am zweiten Tag einen Hantel, am dritten einen Hund und ein Füllen und wurden von allen Seiten her tollend vom Landvolk verfolgt. In der Gegend, welche reich an Dörfern und Städten ist, verheißelte sich Schrecken und Schen vor den ungewohnten Eindringlingen. Die Wölfschritten wurden bewacht, ohne Schwere ging niemand von einem Dorf zum andern. In der fremden Gegend, nach so guter Beute, fühlten sich die drei Tiere zugleich scheu und wohl; sie wurden tollmäher als je zu Hause und brachen am besten Tage in den Stall eines Viehhofes. Gebrüll von Röhren, Getöse splitternder Holzschranken, Aufsetztrampel und heiser, lechzendes Heulen erfüllten den engen, warmen Raum. Aber diesmal kamen Menschen dazu. Es war ein Weib auf die Wölfe gesetzt, das verdoppelte den Mut der Bauern. Und sie erlegten zwei von ihnen, dann einen ging ein Hinterschub durch den Hals, der andere wurde mit einem Seil erdrosselt. Der dritte entkam und rannte so lange, bis er halbtot auf den Schnee fiel. Er war der jüngste und schönste von den Wölfen, ein stolzes, herrliches Tier von mächtiger Kraft und gelassenen Formen. Lange blieb er leuchtend liegen. Blutig rote Kräfte wurbelten vor seinen Augen, und zuweilen stieß er ein pfeifendes, schmerzliches Stöhnen aus. Ein Weib hatte ihn den Rücken getroffen. Doch erholte er sich und konnte sich wieder erheben. Erst jetzt sah er, wie weit er gelaufen war. Ringsum waren Menschen oder Häuser zu sehen. Nicht vor ihm lag ein verschneiter, mächtiger Berg. Es war der Chasseral. Er beschloß, ihn zu umgehen. Da ihn Durst quälte, trank er kleine Bissen von der getrockneten, harten Kruste der Schneefläche.

Genetlich des Berges traf er sogleich auf ein Dorf. Es ging gegen Abend. Er wartete in einem dichten Tannenforst. Dann schlich er vorsichtig um die Gartenzäune, dem Geruch warmer Ställe folgend. Niemand war auf der Straße. Schen und lästend blingelte er zwischen den Häusern hindurch. Da fiel ein Schuß. Er warf den Kopf in die Höhe und griff zum Laufen aus, als schon ein zweiter Schuß knallte. Er war getroffen. Sein weiblicher Unterleib war an der Seite mit Blut bedeckt, das in dicken Tropfen sah

herabrieselte. Dennoch gelang es ihm, mit großen Sägen zu entkommen und den jenseitigen Bergwald zu erreichen. Dort wartete er hochend einen Augenblick und hörte von zwei Seiten Stimmen und Schritte. Angstvoll blickte er am Berg empor. Er war steil, bewaldet und mühselig zu ersteigen. Doch blieb ihm keine Wahl. Mit leuchtendem Atem kam er die steile Bergwand hinan, während unten ein Gewirre von Rufen, Befehlen und Laternenlichtern sich den Berg entlang zog, zitternd leuchtete der verwundete Wolf durch den halbdunkeln Tannenwald, während aus seiner Seite langsam das braune Blut hinabrannte.

Die Kälte hatte nachgelassen. Der westliche Himmel war dunstig und schien Schneefall zu versprechen.

Endlich hatte das erschöpfte Tier die Höhe erreicht. Er stand nun auf einem leicht geneigten, großen Schneefeld, nahe bei Mont Croix, hoch über dem Dorfe, dem er entronnen. Hunger fühlte er nicht, aber einen trüben, hammernden Schmerz von der Wunde. Ein leises, krankes Geheul kam aus seinem hängenden Maul, sein Herz schlug schmerzlich und schmerzhaft und fühlte die Hand des Todes wie eine unsäglich schwere Last auf sich drücken. Eine einsam stehende breitflächige Tanne ludte ihn; dort setzte er sich und starrte trübe in die graue Schneenacht. Eine halbe Stunde verging. Nun fiel ein mattes Licht auf den Schnee, sonderbar und weich. Der Wolf erhob sich höhnend und wandte den fetten Kopf dem Licht entgegen. Es war der Mond, der im Südwest riefte und blutrot sich erhob und langsam am trüben Himmel höher stieg. Seit vielen Wochen war er nie so rot und groß gewesen. Traurig hing das Auge des sterbenden Tieres an der matten Mondscheibe, und wieder röherte ein schwaches Heulen schmerzlich und tonlos in die Nacht.

Da kamen Räuber und Schritte nach. Bauern in dicken Mänteln, Jäger und junge Burschen in Pelzmützen und mit plumpen Gamaschen stapften durch den Schnee. Gejuchze erdholl. Nun hatte den verendeten Wolf entdeckt, zwei Schüsse wurden auf ihn abgedrückt und beide schlugen. Dann sahen sie, daß er schon im Sterben war und fielen mit Stößen und Anstößen über ihn her. Er fühlte es nicht mehr.

Mit gedrohenen Gliedern schleppten sie ihn nach St. Immer hinab. Sie lachten, sie prahlten, sie freuten sich auf Schnaps und Kaffee, sie lachten, sie lachten. Keiner sah die Schönheit des verendeten Tieres, noch den Glanz der Hochgebirge, noch den roten Mond, der über dem Chasseral hing und dessen schwaches Licht in ihren Hintertäuschern, in den Schneefrischlingen und den gedrohenen Augen des erschlagenen Wolfes sich brach.

Elektrische Musik.

Vor einigen Tagen wurde in Kristiania ein bemerkenswerter neuer Musikapparat sehr erfolgreich zur Vorführung gebracht. Er besteht aus einer Geige und einem Klavier, die von einem elektrischen Motor getrieben, in einem Glaskasten zusammen spielen. Die Vorführung in Kristiania wird als die erste auf europäischem Boden bezeichnet. Was das Äußere des Apparates angeht, so sieht man in einem Kasten eine Geige liegen und dahinter eine Einrichtung, die dem Inneren eines Pianos ähnelt. Unter den Saiten der Geige befindet sich eine Einrichtung, die man etwa als kleine Stahlfinger bezeichnen könnte. Es sind ihrer dreißig, die auf den Saiten spielen, sobald der Strom in Stromleitern geleitet wird. Die Geige hat vier Bögen, einen für jede Saite. Diese Bögen sind als Rundbogen zu bezeichnen, denn sie sehen etwa aus wie kleine weiße Hader, die auf den Saiten ruhen. Das Zusammenspiel der Instrumente zeichnet sich durch große Genauigkeit aus, und man muß wundern, daß die Geige einen wirklich großen und tragfähigen Ton hat und daß das Klaviermittel unendlich ist. Selbst ein uneheliches Spiel soll bei dem Apparat ausgeschlossen sein.

Bei der Vorführung wurden schwere Stücke von Sarasate und Paganini gespielt, solche von der Art, die durch ihre Schwierigkeiten und Kunstgriffe den Virtuosen reichlich Schwierigkeiten machen. Der Glaskasten aber blieb bei diesen Schwierigkeiten ganz unbewegt und die Mechanik überwand sie mit völliger Leichtigkeit und, soweit nötig, mit der größten Schnelligkeit. Reizend und Tonstärke werden durch eine Schraube sowie durch Dämpfung oder Schließung der Töne des Kastens geregelt. Umwandlung und Ausdruck beider der Stimme, der die Spielrollen herstellt. Allerdings ist es dem Gefühler bisher nicht gelungen, Seele und Temperament des Apparates zur Vollkommenheit zu bringen, aber vielleicht kommt das noch. Unvergleichlich hat diese elektrische Musik große Vorteile. Sie ist völlig betriebssicher und braucht keine Lauten. Sie kann z. B. in einem Kino durch Druck auf einen Knopf geleitet werden, und zwar so, daß das Spiel mit den Bildern angepaßt wird. Durch einen einfachen Handgriff können die Stücke gewechselt werden. Die Maschine geht in einem Augenblick von Beethoven zum Cafe Salt über. Auch ist der Noten vor allen Tönen geschützt und kann keine Unmöglichkeit. Auf Klappenpendeln und Hebelwerke besteht er Verzicht und liefert im Abgrunde nur etwa 0000 W., wozu natürlich noch das Plattenmaterial hinzukommt.

war. Auf dem Fensterbrett standen mehrere dunkle Flaschen, in der Ecke lagen eine Nummer des „Warschawski Dnewnik“ und Brotüberreste.

Das Mobiliar bestand aus zwei schweren, hintenbesteckten Tischen mit eingelassenen Lattenfüßern, schmalen Bänken, die sich an der Wand entlang zogen und mehreren umherstehenden schmutzigen Stühlen aus Fichtenholz. Vor dem Ofen war eine Menge Asche aufgeworfen. In der Nähe der Tür stand ein Eimer, aus dem ein gräßlicher Geruch von aufgeweichten Zigarettenstummeln drang. Die Luft war von übelstem Geruch erfüllt und schier unerträglich. In der Ecke führte eine kleine Tür nach einer fensterlosen Kammer, die als Abort diente. Durch die schlecht schließende Tür strömte eine überfrierende Flüssigkeit auf den Fußboden der Stube. In dieser Flüssigkeit spiegelte sich das matte Licht des klackernden Lampchens.

Michi wollte seine trüben Gedanken an einem Born schöner Eindrücke erfrischen und gab sich alle Mühe, an Janka, seinen guten Engel, zu denken.

„Ob das teure Herz wohl ahnt, wo ich mich in diesem Augenblick befinde?“ dachte er, indem er sich am Ofen niederlegte. „Wenn der Vater sie mir nur gäbe?“ ging es ihm durch den Sinn, „wer weiß, Gotsch ist ein wohlhabender Kaufmann. Er hat nur diese Tochter und einen einzigen Sohn, Kajo, der nach in Warschau die Schule besucht. Janka ist eine wohlhabende junge Dame. Er, Michi, ist zwar Mitbesitzer eines photographischen Ateliers in Krakau, aber das Geschäft mußte sich erst entwickeln, die Schulden mußten erst bezahlt werden.“

Plötzlich vernahm Michi Schritte im Flur, das Schloß knarrte, Josselle Pinski stand vor ihm.

„Der Herr Polizeimeister läßt bitten.“

Michi erschien es sonderbar, daß der Polizeimeister ihn nicht in der Revolverkammer empfing, sondern in seine Privatwohnung kommen ließ. Aber während er überlegte, ob er dieser Aufforderung folgen sollte, erschien im Vorzimmer eine mächtige Gestalt, die sich der Entreeür näherte.

Es war der Herr Polizeimeister Tagejew.

„Bitte, treten Sie ein,“ sagte er mit einer höflichen, aber energischen Handbewegung.

Als er auf Michis Gesicht ein Zögern bemerkte, fügte er ansetzend gutmütig hinzu:

Vom Kaffee-Ertrag.

Ein voller Ertrag für Kaffee wird sich aus Pflanzen unserer Flora, wenn ihnen durchgängig das Reizmittel Koffein fehlt, nicht schaffen lassen. Die Aufgabe des Kaffee-Ertrages reduziert sich daher von selbst darauf, mit Auserwählung der nervenerregenden Wirkung des Kaffees seine sonstigen Eigenschaften in einem Präparate einzufangen. Der Krieg hat die Industrie in diesem Punkt vor seine neue Aufgabe gestellt, da der Ertragsstoffverbrauch, der bereits unter Friedrich dem Großen einsetzt, schon jahrelang um durchschnittlich 18 Millionen Kilogramm den Vorkriegsverbrauch übertrifft. Nur der Konsumentenkreis hat einen bedeutenden Zuwachs und die in Betracht kommenden Ertragsstoffe eine gewisse Ansele erfahren. Die Beliebtheit des Kaffees als Morgengetränk beruht auf seiner Fähigkeit, das Gefühl der Müdigkeit auszulöschen, die seinem bitteren Geschmack zugute zu halten ist. Die charakteristische braune Farbe und dieser Geschmack treten beim wirklichen Kaffee durch das Rösten in einer Temperatur von 200—220 Grad auf und rühren von Karamel und Brandbitter her, die nacheinander aus dem Jader der Kaffeebohne entstehen. Andere zucker- oder kohlehydrathaltige Pflanzenteile veranlassen daher ähnliche Geschmacksindrücke zu erzeugen. Von Wurzeln sind Yohorie, Zuckerrüben, Löwenzahn, von Früchten Reigen, Haselnüssen, Johannisbrot, Kastanien, von mehlig-balgigen Früchten Kroggen, Gerste, Malz, Erbsen, Koffkaltanen, Leguminosen, von fettsäuren Rohstoffen Erdnuß, Dattelnkerne, Spargelkernen und Traubenkernen zu nennen. Von diesen Stoffen scheiden, wie Prof. Dr. A. Bielew in der „Mischau“ bemerkt, alle Rübenarten, heißen Datteln, Johannisbrot, Leguminosen, Erdnüsse, Erbsen und Kastanien wieder aus, da sie, wenn überhaupt zu unserer Verfügung stehend, wärmeren Zweck dienen müssen. Die für den Kaffee-Ertrag wichtigste Pflanze Yohorie bleibt der Ertragsindustrie ungenügend erhalten. Gersten- und Malzkaffee kann nur wegen der freigegebenen entweichenden Mengen für diesen Zweck auch weiterhin in die Ertragsstoffe miteinbezogen werden. Da aber trotz der ausgedehnten Anbaugelände für Yohorie in Schlesien, Württemberg, bei Poggendorf und zum Teil im besetzten Gebiete im Westen der Bedarf nicht gedeckt werden kann, so hat man neuerdings auch behördlichweise sein Augenmerk auf die Nachbeeren, die Frucht des Weiborns gerichtet. Diesen und noch weiteren Bemühungen wird es hoffentlich gelingen, eine praktisch annehmbare Lösung für die Aufgabe des Kaffee-Ertrages zu finden.

Notizen.

Ein politisches Puppenspiel. Das „Marionetten-Theater Münchener Künstler“ am Zoo bereitet die Aufführung eines politisch-satirischen Puppenstücks von Fritz von Schütz vor, das den Titel: „Gred u. Co.“ oder „Haben Sie nichts zu beschämen?“ führt. Die „Hauptdarsteller“ sind der Simplizissimus-Mittdorfer, Graf Gullbransson.

Eine neue „Haus“-Bearbeitung. In Chemnitz wurde Goethes „Faust“ (beide Teile) in der Bearbeitung und Komposition Weingartners mit großem Erfolge aufgeführt. Während der Komposition im ersten Teil sich damit begnügt hatte, der Musik eine geringere Rolle zuzuwenden und sich in der Hauptsache auf die Schaffung einer glücklichen Bühneneinrichtung zu beschränken, so ist er in der Bearbeitung und Musik zum zweiten Teil weitgehend selbständiger vorgegangen. In der vorliegenden Fassung ist die Auffassungsmöglichkeit auch dieses Teiles der großen Dichtung wesentlich erleichtert. Ein Anknüpfen von geradezu überbordendem Wert über ist die Musik. Durch sie werden besonders die zahlreichen lyrischen Stellen des Dramas verklärt und in ihrer Wirkung verstärkt. So wird sich z. B. die Musik zur hoffenden Walpurgisnacht aber auch für den Konjunktural durchsetzen. Die Vertonung der Schlussszene im Himmel ist von wahrhaft überirdischer Schönheit und Reinheit.

Neue Dramen. „Tagejeweils Erben“, die Komödie des Schriftleiters der „Dresdener Volkszeitung“, Robert Grösch, ist vom Dresdener Hoftheater und auch vom Frankfurter Stadttheater erworben worden.

Otto Finckh, der durch vielfache Reisen und eine langjährige Museumsstätigkeit geschulte Ethnologe und Naturwissenschaftler, ist im Alter von 77 Jahren in Braunschweig gestorben. Seine Sammlungen sind zum Teil ins Berliner Museum für Völkerverkunde gekommen.

Eine amerikanische Nordpolexpedition unter Kapitän Vorheit wird gleichzeitig mit Amundsen im Frühjahr 1918 aufbrechen. Beide Unternehmen sollen Hand in Hand arbeiten. Vorheit will in die Behringstraße fahren, d. h. also den Weg nehmen, an den Amundsen zuerst gedacht hatte, während er jetzt die Küsten von Schirren entlangfahren will. Er rechnet auf eine Dreifahrt von 1 1/2 bis 2 Jahren. In der Mündung des Jenisei gedient er Hunde, Ochsen, frisches Fleisch, Eier, Butter und Kartoffeln an Bord zu nehmen. Auch die Hundeschlitten sollen Einrichtung für drahtlose Telegraphie führen, so daß die Schlittenunternehmungen Verbindung mit dem Expeditionsschiffe unterhalten können.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeimeister von Gabriela Sapotka.

IV.

Der Herr Polizeimeister mußte.

„Hier rechts ist die Kanglei, aber es ist niemand dort. Nehmen der Herr einen Augenblick Platz, ich werde den Herrn Polizeimeister sogleich bitten.“

Josselle machte die Hommurs, als wäre er in seinem eigenen Hause. Als er die Tischschublade offen sah, schloß er sie zu, zog den Schlüssel ab und steckte ihn in die Tasche.

„Haben Sie keine Angst? Wenn er spielt, ist er guter Laune.“

Josselle schlich sich zur Tür hinaus und schloß sie ab. Michi stieg das Blut zu Kopf.

Zum erstenmal befand er sich in einer solchen Situation. In der Nacht in der einsamen Stube eines russischen Polizeirevieres eingeschlossen zu sein, ist gefährlich und peinlich. Die vorangegangenen Gehehnisse steigerten diese Gefahr noch mehr. Michi war zum erstenmal in Polen. Von Kindheit an dachte er mit Schrecken daran, wie es dort wohl zugehen mochte. Derselbe Schrecken übermannte ihn jetzt. Die verschlossene Polizeistube, die eindringenden Geigenklänge des Polizeimeisters, der ein schwermütiges Zigeunerlied spielte und jene Unsicherheit, was wohl hinter jener verschlossenen Tür gegen ihn angezettelt wurde — das alles beunruhigte Michi immer mehr.

Michi stiebte Janka, tief und innig, ohne allen Zweifel. Aber in diesem Augenblick fühlte er einen Wroß gegen sie, daß sie ihn herkommen ließ.

„Sobald wir verheiratet sind,“ dachte er, „bringe ich sie von hier fort. Es ist unmöglich, in diesen furchtbaren Verhältnissen zu leben.“

Die Geige verstummte, tiefe Grabesstille trat ein.

Michi begann auf und ab zu gehen und den Raum genauer zu betrachten. Es war ein dierediges Zimmer mit feuchtem, schmutzigen Wänden. Die hochgedragenen Fenster, die wohl niemals geöffnet wurden, waren mit einem Gitter versehen, das an diesen Stellen mit Spinnweben umspinnen

„Ich bin nämlich krank . . . herzleidend . . . tun Sie mir den Gefallen.“

Michi mußte angesichts der Krankheit, die der Polizeimeister vorfachte, nachgeben.

Er trat ins Vorzimmer.

„Beden Sie ab“, sagte der Polizeimeister gasfreudlich.

„In den Zimmern ist es sehr warm.“

Seine Stimme klang angenehm, wenn auch etwas hart.

Michi ließ den Mantel von den Schultern gleiten.

„Ich komme in einer Angelegenheit, die keinen Aufschub leidet.“

„Bitte, treten Sie nur ein“, sagte Tagejew und öffnete die Entreeür nach dem hellerleuchteten Salon. Eine größere Hängelampe erleuchtete das Zimmer. Außerdem stand auf der Zwiegelkonsolle ein Kandelaber mit fünf brennenden Kerzen.

In der Mitte des Salons, direkt unter der Lampe, stand ein Pult mit Noten. Auf einem Stuhl daneben lag die Geige. Tagejew legte sie auf das Klavier und sah Michi mit einem süßlichen Lächeln an.

„Das ist zum Zeitvertreib . . . aus Langeweile.“

Michi trat ungeduldig von einem Fuß auf den anderen.

„Herr Polizeimeister,“ begann er, „hier ist keine Zeit zu verlieren. Ich ging über die Straße, plötzlich hörte ich jemand stöhnen und schreien. Eine Stimme rief deutlich: „Mörder!“ Bald darauf liefen zwei Männer vorüber, der eine mit blutender Hand. Ein Polizist verfolgte sie.“

„Dann ist also alles in schönster Ordnung,“ sagte Tagejew mit erheuchelter Gümmigkeit, „wenn er sie verfolgte, so hat er sie eingeholt und gefaßt.“

Er sah Michi dabei nicht an. Seine kleinen, unangenehmen Augen irrten über die Wände, die mit allerlei Photographien und Delbruden besetzt waren.

Eine fieberhafte Erregung erfaßte Michi.

„Aber Herr Polizeimeister, der Polizist tut mir so, als ob er ihnen nachliefe, in Wirklichkeit ließ er sie entkommen.“

Tagejew räusperte sich.

„Das schien Ihnen nur so . . . Sie sind wohl kein Stiefsohn?“

„Ich bin aus Krakau.“

(Fort. folgt.)

langte, daß die Kohlenbergarbeiter der Klassen 1905 bis 1902 in die Bergwerke zurückgeschafft würden.

Verkehrsminister Herriot gab zu, daß die Krise sehr ernst sei. Vor dem Kriege habe Frankreichs Jahresverbrauch 80 Millionen Tonnen betragen, von denen es 40 Millionen selbst erzeugte. Infolge der Invasion sei die Eigenproduktion auf 20 Millionen gesunken. Der durch Einfuhr zu deckende Bedarf übersteige jetzt 60 Millionen. Die Einfuhr aus England, die monatlich 2 Millionen betragen sollte, sei infolge Schiffsmangels seit August bis auf 1,5 Millionen gefallen. Er könne auch nicht verbergen, daß Kohlen schiffe verfenkt würden. Der Kohlenmangel sei auch von Hochwasser und Frost bedingt, die man weder bekämpfen noch vorbeugen könne.

Englands Eroberungsziel.

In einer Rede in Westminster hat der Kolonialminister Walter Long erklärt, keine der eroberten deutschen Kolonien werde jemals der deutschen Herrschaft zurückgegeben werden.

Der Minister scheint nicht gesagt zu haben, daß England selber die Kolonien behalten werde. Das war ja auch in der Note veranschlagt worden, die mit den Kriegsziele der Entente aufwartete. Die Gründe, die England damals zum Schweigen veranlaßten, werden auch heute noch nicht überholt sein, und zweierlei wird dabei eine Rolle spielen: Erstens ist die Beute keineswegs schon gewiß, und zweitens ist es eine Beute, von der England seiner Alliierten wegen nicht sagen dürfte, daß die wichtigsten Stücke zu seinem Traum von dem großen angloafrikanischen Reiche gehören.

Aber es kommt bei dieser Frage bekanntlich nicht nur auf afrikanische Gebiete an. Auch deutsche Besitztümer in der Südsee (Tonga — Neu-Guinea vor allem) — und wenn die Nachricht des „D. Z.“ zutrifft, so werden eben diese Südsee-Schätze es gewesen sein, die, auf das Dringen Australiens und Neuseelands hin, den englischen Kolonialminister zu seiner Rundgebung veranlaßten.

Die Lage an der Karst-Front.

Von unserem Kriegberichterstatte Hugo Schulz.

Nach Tagen fast völliger Ruhe hat die Kampftätigkeit auf dem Karstplateau wieder begonnen. Sie hält sich allerdings in mäßigen Grenzen und scheint zunächst nur die Ausnützung des klaren, sichtenfrohen Winters zu kleineren Unternehmungen zu bezwecken. Die Vora, die in heftigen Stößen über die Steinhalden segelt, ist den weiterharten Kämpfen nicht hinderlich und vermag nicht einmal die Flieger aus dem Luftmeer zu verschrecken. Die Vora ist ein Bodewind, der sich nur in den niederen Luftregionen dem Flieger unangenehm fühlbar macht; wenn er aber über 1000 Meter hochgegangen ist, segelt er durch völlig windstillen Raum. Während unserer Anwesenheit im Südbereich der Karstfront waren wir Zeugen eines Luftkampfes, bei dem ein feindlicher Flieger durch das ihn immer enger umkreisende Feuer unserer Abwehrgeschütze in harte Bedrängnis geriet, bis er schließlich nach mannigfachen Manövern doch noch einen Ausweg fand.

Die Artillerietätigkeit erhob sich an diesem Tage trotz des schönen Wetters nur wenig über das im Stellungskrieg übliche Maß, dagegen hatte es tags vorher im Nordabschnitt der Plateaufstellungen eine heftige Steigerung gegeben. Dort befindet sich im Zuge des gegen das Wipackts abströmenden Randkammes die Rupe Gotti Grib, die zum Teil in unserem, zum Teil in italienischem Besitz ist. Ihre Lage begünstigt hüben wie drüben die Beobachtung und die Italiener hielten daher die westliche Gipfelerhebung, die durch eine leichte Mulde von unserer Gipfelfestung getrennt ist, stark besetzt. In der Nacht, ihre Benutzung als Buginsland den Italienern zu verleißen, machte sie unsere Artillerie zum Ziele einer kurzen, aber wie sich zeigen sollte, überaus wirksamen Beschichtung, die den Feind dermaßen zernüchterte, daß er dem Stoß der schwachen Aufklärungsabteilung, die nach Einstellung des Artilleriefuers behend die festige Flanke der Rupe erkletterte, nicht mehr standhielt. So gelang es fast im Handstreich, den Gotti Grib zu zerstören, um dann mit mehr als 120 Gefangenen und erbeuteten Maschinengewehren befehlsmäßig zurückzuführen, noch ehe die italienische Artillerie, die nun ein wütendes Feuer aus die verlassene Stellung richtete, sie erreichen konnte.

Die Karstfront ist heute meiner Ueberzeugung nach fester als je und die lächerlich bescheidenen Raumgewinne der Italiener in den Kämpfen haben nur die Folge gehabt, daß unsererseits alles aufgeboten worden ist, die Stellungen noch besser zu verstreben und zu verankern. Ihre Abwehrkraft ist in jeder Hinsicht gewachsen und die Italiener fühlen das deutlich. Ihre fieberhafte Arbeit entlang der Front zum Ausbau der Stellungen läßt erkennen, wie sehr sie den Gegenstand fürchten. Insbesondere im Abschnitt zwischen Sudi Bog und dem Raume nördlich von Kostanjewica sitzen sie recht unbehaglich auf dem dort gewonnenen Boden, und der flache Reil, den sie dort in unsere Stellungen zu treiben vermochten, hat ihnen nur die Sorge geschaffen, die eine in die feindliche Front eindringende, der Pflanzenwirkung aller Waffen preisgegebene Position immer verurteilt. Wenn es den Italienern in den Novemberkämpfen gelungen wäre, unseren linken, an das Meer gelehten Hügel ebenfalls zurückzudrücken, so hätten sich zwar ihre schwachen Luftoper noch in keiner Weise gerechtfertigt, der Erfolg hätte aber doch noch das Aussehen eines taktischen Sieges gehabt. Die Unerschütterlichkeit dieses mit rasender Wucht angegriffenen Südlügels hat aber auch diesen bloßen taktischen Sieg verhindert und im gewissen Sinne in eine Niederlage verwandelt, weil der Raumgewinn westlich von Kostanjewica ohne gleichzeitiges Vorwärtstommen im Südbereich die taktische Lage des Angreifers nicht verbessert hat.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 31. Januar. Generalstabsbericht. Mazedonische Front: Auf der gesamten Front schwache Artillerietätigkeit. An einzelnen Stellen heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zwischen Feldwachen. Am Cernabogen gelangene Unternehmungen deutscher Patrouillen, die in feindliche Gräben eindrangen, dort dem Gegner Verluste zufügten und mit Gefangenen zurückzögen. Unsere Aufklärungsabteilungen wirkten erfolgreich nordöstlich vom Doiransee und brachten Gefangene, Gewehre und anderes Kriegsmaterial ein.

Donauische Front: Zeitweilig ausgehendes beiderseitiges Artilleriefuer an der Donau im Saccia. Feindliche Monitore beschossen am Sulina Kanal erfolglos unsere Stellungen östlich von Tulcea.

Wichtige Erkundungsvorstöße im Westen — Streifvorstoß an der Karajowka — Angriff im Dojrangebiet.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 1. Februar 1917. (D. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An vielen Stellen der Front brachten Erkundungsvorstöße wertvolle Feststellungen über den Feind.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Sachsen.

Bei sehr strenger Kälte nur an wenigen Stellen lebhaftere Kampftätigkeit.

An der Karajowka, südlich von Lipnica Dolna, drangen Teile eines schlesischen Regiments in die russische Stellung und führten mit 60 Gefangenen und einem Maschinengewehr als Beute zurück.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenau

keine Verpostengeschäfte und vereinzeltes Artilleriefuer.

Mazedonische Front.

Südwestlich des Dojran-Sees nach starkem Feuer vorgehende Abteilungen wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 1. Februar. Abends.

Von keiner Front sind besondere Ereignisse gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. Februar 1917. (D. Z. S.) Amlich wird

verlautbart: Außerordentlich strenges Winterwetter unterbindet auf der ganzen Ostfront jedwede stärkere Kampftätigkeit.

Auch vom italienischen Kriegsschauplatz und aus Albanien ist nichts Wesentliches zu melden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.

v. Doerfer, Feldmarschalleutnant.

Die Kämpfe an der Tigris-Front.

Der türkische amtliche Heeresbericht vom Dienstag meldet von der Tigrisfront: Unsere tapferen Erkundungspatrouillen, die von unserer Fellahie-Stellung ausgegangen waren, drangen bis zur zweiten feindlichen Drahtverhaule durch und zerstörten einen Teil des Drohturms sowie die Telefonleitung des Gegners. Im Verlaufe unseres Gegenangriffs am 29. Januar erbeuteten wir drei Maschinengewehre und zwölf automatische Gewehre. In der Nacht zum 29. Januar fand südlich vom Tigris fruchtbarer Artillerie- und Infanteriefeueranstausch statt. Am 29. Januar vormittags richtete der Feind starkes Artilleriefuer gegen unsere Fellahie-Stellung, das wir wirksam erwiderten. Einige schwache Angriffsversuche des Feindes konnten sich nicht entwickeln.

Der türkische Heeresbericht vom Mittwoch meldet: Nachdem der Feind am 29. Januar mit seinen 6 Batterien die Stellung eines unserer Bataillone auf dem südlichen Tigrisufer unter Feuer genommen hatte, führte er einen Infanterieangriff aus. Die feindliche Infanterie, die zum Angriff überging, wurde, abgesehen von einem Teil, dem es gelang, nach rückwärts zu flüchten, völlig vernichtet. Ein von einem durch zwei Kompagnien Infanterie verstärkten Kavallerie-Regiment unternommener Einkreisungsversuch mißlang in unserem Artilleriefuer. Am 30. Januar nahm der Feind mehrere Stunden lang unsere Stellungen bei Fellahie und diejenigen südlich des Tigris unter Artilleriefuer. Wir beantworteten das Feuer heftig.

Türkische Fortschritte in Persien.

Von der persischen Front meldet der türkische Heeresbericht vom Dienstag: Wir sind in Diz Ebad eingezogen. Unsere Kavallerie verfolgte den Feind weiter, der sich von Devlet Ebad zurückzieht. Unsere Kavallerie nähert sich Sultanabad.

Das Kabinett des polnischen Staatsrats.

Warschau, 1. Februar. In der vierten Sitzung des Staatsrats wurden die Referate folgendermaßen verliest: Heereswesen — Biludski, Finanzen — Dzierzicki, Politisches — Graf Kosciuszowski, Inneres — Sempiak, Volkswirtschaft — Janicki, Arbeitsangelegenheiten — Kunowski, Justiz — Sulowicki, Religion und Bildung — Pomorski. Die Geschäftsordnung wurde angenommen. Im Anschluß an den Bericht über die letzte Staatsratsitzung wird eine Erklärung veröffentlicht, in der der Staatsrat erklärt, daß er die Bildung der Armee für eine seiner wichtigsten Aufgaben halte und die Jugend, die ihre Einberufung erwarte, zur Geduld ermahnt.

Ungarische Wahlrechtsfragen.

Budapest, 1. Februar. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit Wahlrechtsfragen. Der Abgeordnete Lehel Hedervary, Mitglied der Karolyi-Partei, stellte den Antrag, daß alle zum Militärdienst eingezogenen Wahlberechtigten in die Wählerlisten eingetragen werden, weil sie anderenfalls nach dem Wahlgesetz ihr Wahlrecht verlieren würden. In eingehender Rede betonte Hedervary, daß die Opposition das Wahlrecht für alle im Felde stehenden verlangen würde. Demnach wird auch der Abgeordnete Stefan Kufobojk von der katholischen Volkspartei den Antrag stellen, daß das Wahlrecht auf alle Kriegsteilnehmer ausgedehnt werden soll. Der ungarische Feministenverein richtete eine Petition an das Abgeordnetenhaus, daß auch die Frauen das Wahlrecht erhalten sollen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Englands kontrollierte Munitionsfabriken. Bieder sind 97 Fabriken unter die Kontrolle des Munitionsministeriums gestellt worden. Die Gesamtzahl der kontrollierten Fabriken beträgt jetzt 4719.

Das holländische Schiffenteignungsgesetz. Die holländische Zweite Kammer hat das Schiffenteignungsgesetz, das die Regierung ermächtigt, gegen bestimmte Läge jedes holländische Schiff einzufordern, mit 64 gegen 8 Stimmen angenommen.

Getreidebeschmutzung zum Feinde. Im ungarischen Abgeordnetenhaus beklagte der Justizminister den in manchen Gegenden des Landes festgestellten Getreidebeschmutzung. Er erwähnte, daß in einem Falle sogar Getreide ins Feindesland hinübergeschmuggelt wurde. Wie ist das möglich? Wegen Getreidebeschmutzung sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Ein Finanzausschreiber hat Selbstmord verübt.

Riktrouendotum in Japan. Das japanische Parlament sprach dem Kabinett mit einer Majorität von 110 Stimmen sein Riktrouendotum aus.

Graf Reventlow verzichtet auf Calais.

Graf Reventlow — ein so schlechter Redner wie Gullik — unterhielt am Donnerstag in der Philharmonie ein Publikum, das ungeduldig war und darum dem aggressiven Redner vielfach spottete, mit leicht antisemitisch gefärbten Ausfällen gegen Professoren, Intellektuelle und die „selbige Maria Suttner“ und gegen die Engländer, denen Lüge, Verleumdung und Schürerei im Herzen wuzgela. Nur großer Gewinn an Land und Leuten könne die Schäden des Krieges tilgen, wobei sich freilich Herr Reventlow nicht verbürgen kann, daß seine Methode nicht den Krieg verlängert. Er behauptet und hofft es nur, er beweist es nicht. Aber seinem Publikum gefällte es. Das Ragout wird angetan mit allerhand feinem und noch vielmehr grobem Gewürz. Der Redner unterbricht seinen Gedankengang durch Ausfälle gegen Lidnowski, den früheren deutschen Votschaffer, der Gresh für seinen ausgemachten Schurken, Graf Neu-Ruppiner Bilderbogen, hält, und gegen andere Personen, die durch die Blume ähnlichen Fehls gezeichnet wurden.

Graf Reventlow verlangt im Osten Kurden und Siedlungsland (Schlehtin) — auf Polen ist er verdammt schlecht zu sprechen —, im Westen ein Wallonien und Flandern als Basis für eine sehr starke deutsche Hoch- und Unterseeflotte. Von einer internationalen Freiheit der Meere will er nichts wissen, sein Ziel ist die deutsche Freiheit der Meere, die darin besteht, daß die deutsche Flotte jeder feindlichen Koalition die Spitze bieten könne. Die Eingemeindung des Erzbeckens von Brien und Longwy sei eine Notwendigkeit für Deutschland, die, wie der Redner erklärte, besonders im Krieg klar geworden sei. Dagegen erklärte sich der Graf gern zum Verzicht auf Calais bereit, um nicht als Utopist verhasst zu werden.

Den Schluß macht Graf Reventlow mit der verhänglichen Versicherung, daß er als Heimkrieger den heiligen Verus in sich fühle. für die politische Zukunft der deutschen Front zu kämpfen. Die Leute im Schützengraben werden vielleicht zweifeln, ob dieser läbliche Eifer am richtigen Platz entwickelt ist.

Letzte Nachrichten.

Frankreich am Ende seines Menschenmaterials.

Paris, 1. Februar. In der Kammer erklärte Favre nomens der Opposition, die Regierung verlange immer mehr Männer. Frankreich aber habe die Grenze seiner Opfer erreicht. Die Nachmusterung Herzkranker, Tuberkulöser und sonstiger Schwerleidender werde nur die Hospitäler füllen. Die Frage der Effektivbestände sei von großem Ernst. Die Möglichkeit sei ins Auge zu fassen, daß Frankreich angesichts der während des Krieges gebrachten übertriebenen Opfer gegenüber seinen Verbündeten in einen Zustand der Unterlegenheit gerate. Die Regierung habe die bezüglichen in den Geheimnissen beharrlich die Antwort verweigert. Gegen jene aber, die unmaß Menschenleben verschleuderten, sollten Maßnahmen ergriffen werden. „Wir wollen“, rief der Redner aus, „den Krieg bis zum fegeleichen Ende fortführen, falls wir hierzu die Mittel besitzen, aber wir wünschen eine vollständige Mitwirkung unserer Verbündeten.“

Der Vorsitzende des Heeresauschusses Maginat, der den Nachmusterungsantrag befürwortete, erklärte, daß nach dem jetzigen Vorschlag 300 000 bis 400 000 Mann nachgemustert werden, statt wie ursprünglich geplant, 650 000 Mann.

Degnise führte bei Besprechung seines Antrages, nach dem die seit Kriegsausbruch Nachgemusterten nicht mehr nachgemustert werden sollen, aus, die von Frankreich seit Kriegsausbruch gemachten Opfer müßten endlich aufhören. Es sei unmöglich, neue Kontingente auszugeben, ohne das Wirtschaftsleben lahmzulegen. Der Antrag wurde mit harter Mehrheit abgelehnt. Schließlich wurde der Artikel 1, nach dem alle nur ein einziges Mal nachgemusterten der Jahressklassen 1906—1914 einschließlich nachgemustert werden sollen, von der Kammer angenommen.

Französisches Kriegsbrod.

Paris, 1. Februar. „Petit Journal“ zufolge wird beabsichtigt, in Paris von heute ab an mit 15 Proz. Maismehl zubereitetes Brod einzuführen.

Dänemark und der verschärfte U-Boot-Krieg.

Kopenhagen, 1. Februar. Man erwartet hier für morgen die Schließung der Kopenhagener Börse, um eine Panik zu vermeiden. Man befürchtet, daß viele Besitzer der Aktien von Schiffahrtsgesellschaften ruiniert werden könnten.

Der Vorkant der Note ist hier erst 2 Uhr nachts bekannt geworden. Anlässlich der deutschen Flodaberkklärung wurde ein geheimes Ministerrat abgehalten. Morgen soll eine geheime Sitzung des Reichstags stattfinden.

Eingestellter Verkehr.

Bern, 1. Februar. Post Meldungen aus Lyon hat die Nordbahn-Gesellschaft den ganzen Postzugverkehr zwischen Paris, Amiens, Treport und Calais eingestellt.

Norwegischer Dampfer gescheitert.

Bern, 1. Februar. „Freges de Lyon“ meldet aus Orient: Der norwegische Dampfer „Freges de Lyon“ ist an der Südküste der Insel Grosz gescheitert. Das Schiff ist verloren.

Dampfer finden keine Käufer!

London, 31. Januar. Auf der Getreidebörse sollten gestern fünf englische Dampfer veräußert werden, aber ungeachtet der hohen Preise und der vermutlich weiteren Requisitionen der Regierung fand nur einer einen Käufer.

Gegen die farbige Konkurrenz.

Manchester, 27. Januar. Wie der „Manchester Guardian“ aus London meldet, wird der Premierminister eine Abordnung des sogenannten Industriedrehtundes (Vergleiche, Eisenbahnen und Transportarbeiter) empfangen, die ihm ihre Wünsche wegen der Einführung farbiger Arbeiter darlegen wollen.

Gewerkschaftliches.

Die chinesischen Kontraktarbeiter in Frankreich.

In „New Statesman“ vom 13. Januar berichtet ein Chinese über das Uebereinkommen der chinesischen Regierung mit der französischen, betreffend die Arbeitsbedingungen von chinesischen Arbeitern in Frankreich. Der vereinbarte Arbeitsvertrag bestimmt, daß die Arbeit nicht militärische Dienste zum Gegenstand haben darf, sondern nur Tätigkeiten auf dem Gebiete von Handel und Industrie. Der Vertrag ist für fünf Jahre abgeschlossen, nach welcher Zeit den Arbeitern die unentgeltliche Rückreise gesichert ist. Dieser Anspruch bleibt auch bei einem längeren Verbleiben in Frankreich und seinen Kolonien aufrecht. Das Uebereinkommen unterscheidet zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern. Für beide Kategorien ist ein Maximalarbeitsstag von 10 Stunden bestimmt. Als Tagelohn erhalten die Gelernten 1,50 Fr., die Ungelernten 1,25 Fr., die ersteren weiter 40 Fr. monatlich, die letzteren 35 Fr. monatlich für ihre Angehörigen in China. Die Auszahlung dieser Beträge geschieht in China. Kost und Wohnung wird den Arbeitern unentgeltlich gegeben und zwar sind folgende Lebensmittel festgesetzt: 100 Gramm Reis, 1000 Gramm Weizen, 150 Gramm Fleisch, 250 Gramm Gemüse, 15 Gramm Tee, 15 Gramm Fett und 45 Gramm Salz. Der Gewährsmann des „New Statesman“ bezeichnet die Ernährung auf Grund seiner Erfahrungen als sehr gut. — In Frankreich wohnende chinesische Intellektuelle haben darauf hingedungen, daß die Arbeiter in Frankreich technisch ausgebildet werden, so daß schließlich der nationale chinesische Kapitalismus Nutzen aus dem Abkommen ziehen soll. Zurzeit sind 5000 solcher Kontraktarbeiter in Frankreich tätig und man plant die Heranziehung einer vierfach größeren Zahl. Der Artikelschreiber sagt, daß von Seiten der französischen Arbeiter keine Schwierigkeiten zu erwarten seien.

Deutsches Reich.

Gemeinsamer Syndikat für Unternehmer und Arbeiter in der Handschuhindustrie.

Zur Unterdrückung der Kriegsverleihen aus der Lederhandschuhindustrie ist zwischen dem Verband der Lederhandschuhfabrikanten und dem Lederarbeiterverband schon im Vorjahre eine Arbeitsgemeinschaft errichtet worden. Mit Beginn dieses Jahres erhielt diese laut Vereinbarung der beiden Organisationen eine Erweiterung durch Einlegung eines Syndikats zur Wahrnehmung aller derjenigen Interessen, die Arbeiter und Unternehmer innerhalb der Lederindustrie gemeinsam haben. Es handelt sich bei diesem Syndikat zunächst allerdings um eine durch die diversen Kriegsmassnahmen, wie Lederbeschlagnahme, Ein- und Ausfuhrverbot notwendig gewordene Einrichtung, doch ist als sehr wahrscheinlich anzunehmen, daß diese Einrichtung von beiden Organisationen über die Dauer des Krieges beibehalten werden wird.

Dem Syndikat wurde der Reichstagsabgeordnete Georg Davidsohn (Soz.) ernannt. Der mit ihm und zwischen den beiden Organisationen abgeschlossene Vertrag bezeichnet es als seine Aufgabe, alle diejenigen Interessen zu vertreten, die beide Organisationen innerhalb der Industrie gemeinsam haben. Der Syndikat erledigt die zur Erfüllung dieser Verpflichtung erforderlichen Arbeiten, macht, soweit es die Stellung erfordert, Reisen und nimmt, wenn nötig, an Besprechungen, Konferenzen und Versammlungen teil, in denen wichtige Fragen der Lederhandschuhindustrie erörtert werden sollen. Er verleiht die Vorgänge in Presse und Parlament, die für die Arbeiter und Unternehmer der Industrie von Wichtigkeit sind und nimmt Anregungen von beiden Verbänden entgegen zur Weiterbefolgung bezw. läßt solche an seine Auftraggeber gelangen. In Organisationsangelegenheiten steht dem Syndikat eine Einmischung nicht zu, die Kosten für das Syndikat werden von den beiden Organisationen zu gleichen Teilen getragen.

Es ist in Deutschland wohl zum ersten Male, daß sich Unternehmer und Arbeiter auf eine derartige Einrichtung verständigt und sich kontraktlich verpflichtet, auf diese Art die Interessen der Industrie gemeinsam wahrzunehmen. Der Verband der Lederhandschuhfabrikanten hat unter einer früheren Leitung es als seine wichtigste Aufgabe betrachtet, die Gewerkschaften zu bekämpfen und dieser z. B. gelegentlich der Erneuerung des Postaus des „Kampf bis aufs Messer“ angefaßt. Das war freilich ein vergebliches Bemühen. So damals. Heute haben beide Organisationen einen Sozialdemokraten zum gemeinsamen Syndikat. Das wird den Arbeitern sicher nicht zum Nachteil gereichen.

Teuerungszulagen in der Lederwarenindustrie.

Die vom Verband der Sattler und Portefeulier eingeleitete Bewegung zur Erringung einer Teuerungszulage für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Portefeulier- und Reisportartikelbetriebe hatte einen keinen Erfolg. Die Unternehmervereinigung lebte trotz der verlängerten Tarifverträge jede zentrale Verhandlung mit Vertretern der Arbeiterorganisation über die Zulage ab. Sie hatte auf einer Konferenz beschlossen, ihren Mitgliedern zu empfehlen, eine Teuerungszulage zu gewähren, ohne sich zu verpflichten, daß die Zulage tarifverbindlich und darum einlagbar sei, wie die letzte Zulage vom 1. April 1918. Weil zu befürchten ist, daß nicht alle Mitglieder der Arbeitgeberorganisation der Empfehlung, eine Teuerungszulage zu gewähren, nachkommen, haben die Ortsverbände des Verbandes der Sattler und Portefeulier gegen diese Art der Bewilligung Einspruch erhoben; sie verlangen eine tarifrechtliche Bindung. — Die Berliner Fabrikanten haben beschlossen, ihren Arbeitern und Arbeiterinnen ab 15. Januar 10 Proz. des Verdienstes ab dem im Vorjahre bewilligten Zulage zu zahlen. Im Industriezentrum der Lederwarenindustrie Ost und West in Frankfurt haben im Gegensatz zu Berlin und Stuttgart am 27. Januar Verhandlungen stattgefunden, die auch zu tarifverbindlichen Vereinbarungen führten.

Sind diese Zugeständnisse an sich bei der herrschenden Teuerung für den Lebensunterhalt unzureichend, so muß es geradezu Verleumdungen erregen, daß die Unternehmer es ablehnten, diese Frage von Organisation zu Organisation zentral zu regeln, obgleich in den maßgebenden Orten bereits seit 30 Jahren die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind. Es hat den Anschein, als wollten die Fabrikanten für den nächsten Tarifabschluß schon jetzt Vorleistungen treffen, damit sich nicht das wiederholt, was sie im Vorjahre tarifverbindlich zugestanden haben, nämlich daß die Fabrikanten erspätet gemacht werden können, wenn von ihnen beschäftigte Hilfsarbeiter ihre Hilfskräfte nicht tarifmäßig entlohnen. Diese vorjährige Erregung ist geeignet, dem Schwärmerstern ein Ende zu bereiten. Ihre jetzige Duldung zeigt, daß sie während des Krieges, soweit sozialpolitische Fragen in Betracht kommen, nichts gelernt haben. Ein Anlaß mehr für die Arbeiter, stets auf dem Posten zu sein und für Erhaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu sorgen.

Berlin und Umgegend.

Einheitliche Teilstücklohnzüge für die Militärschneiderei

In Fortsetzung unserer gestrigen Veröffentlichung über die neuen Teilstücklohnzüge bringen wir heute die nachstehenden:

Stiefelhose.

a) Einrichten. Laufende Nummer anheften, Taschen abzeichnen und einschneiden, Schnallegurte, Schließleiste und Hosenstücke zurechtschneiden, Futzen zuteilen 0,21 M.

b) Maschinenarbeit. Taschen anfertigen 0,33. Schnallegurte, Schnallegurten, Knopflochleiste und Aufhänger anfertigen, Gehäufutter zusammennähen, Hochsteppen des linken Teils, Hosenstücke und Knopffreien annähen, Stegänder zusammennähen 0,28. Seitennähte zusammennähen 0,10. Schritt- und Kreuznaht zusammennähen 0,14. Knopflochleiste, Bundfutter und Knopffreien abheppen 0,17. Futtfutter abheppen und Stegänder einheppen 0,11 M. In Summa 1,13 M.

c) Knopflöcher anfertigen (ohne Riegel) 0,10 M.
d) Handarbeit. Linke Schließleiste umstapfieren 0,04. Knopflöcher abzeichnen 0,01. Bund- und Beinenden beschneiden 0,03. Knopf- und Schnallegurtebeilage unterheften, Knopflochleiste, Bundfutter, Knopffreienfutter und Gehäufutter einheften 0,33. Futtfutter einheften 0,08. Knopflöcher verriegeln 0,09. Bund- und Gehäufutter anstapfieren, Taschen und Hosenstück füttern, sowie sämtliche Riegel anbringen, Aufhänger, Schnallegurtschlaufen und Knöpfe annähen, Schnallegurte anfertigen 0,87 M. In Summa 1,52 M.

e) Bügeln. Hufe ziehen, Hosenstücke, Taschenbelegen und Knopffreien ausbügeln 0,20. Röhre ausbügeln und Hufe einbügeln 0,20. Hufe abbügeln 0,20. In Summa 0,75 M.
Gesamtlohn für die Stiefelhose 3,71 M.
Für das Einbringen von Gehäufutter 0,42, für Anleieder 0,34 M. mehr.

Reithose.

a) Einrichten. Laufende Nummer anheften, Taschen abzeichnen und einschneiden, Schnallegurte, Schließleiste und Hosenstücke zurechtschneiden, Futzen zuteilen 0,25 M.

b) Maschinenarbeit. Taschen anfertigen 0,33. Schnallegurte, Schnallegurten, Knopflochleiste und Aufhänger anfertigen, Gehäufutter des linken Teils, Gehäufutter zusammennähen, Hosenstücke und Knopffreien annähen, Stegänder zusammennähen 0,28. Schritt- und Kreuznaht zusammennähen 0,07. Röhre unter dem Reithes mit Kreuzstichen zusammennähen 0,12. Futtfutter zusammennähen 0,07. Reithes aufsteppen 0,13. Seitennähte zusammennähen 0,10. Knopflochleiste, Bund- und Knopffreien abheppen 0,17. Beinenden abheppen und Stegänder einheppen 0,11. Kreuznaht und Reithes zusammennähen 0,25 M. In Summa 1,65 M.

c) Knopflöcher anfertigen (ohne Riegel) 0,10 M.
d) Handarbeit. Linke Schließleiste umstapfieren 0,04. Knopflöcher abzeichnen 0,01. Bund- und Beinenden beschneiden 0,03. Futtfutter einschließlich sämtlicher Unterlagen unterheften 0,14. Reithes auf- und umheften 0,13. Knopflochleiste einheften, Futtfutter am Bund und Beinende umheften 0,18. Futtfutter anheften und stapfieren, Kreuznaht unter dem Reithes zusammennähen 0,20. Knopflöcher verriegeln 0,07. Taschen und Hosenstück füttern, sowie sämtliche Riegel anbringen, Aufhänger, Schnallegurtschlaufen und Knöpfe annähen, Schnallegurte anfertigen 0,87 M. In Summa 1,77 M.

e) Bügeln. Hosenstücke, Taschenbelegen, Knopffreien und die 6 kurzen Röhre ausbügeln 0,12. Seitennähte, Kreuz- und Reithes aufbügeln 0,10. Röhre bügeln 0,03. Hufe abbügeln 0,25 M. In Summa 0,50 M.
Gesamtlohn für die Reithose 4,28 M.
Bemerkung: Für das Aufheften des Anleides 0,10, für Besatz an Futterstreifen 0,10 M. mehr.

Blaue Arbeitsjacke.

Einrichten 0,03. Maschinenarbeit 0,75. Handarbeit 0,83. Knopflöcher (ohne Riegel) 0,18. Bügeln 0,10. Schnallegurte 0,09 M. Gesamtlohn für die Arbeitsjacke 1,50 M.

Weißleinenhose, Drill- oder blaue Arbeitshose (auch aus Sommer, Zellbahn oder Rohstoff).

Einrichten 0,02. Maschinenarbeit 0,81. Handarbeit 0,28. Knopflöcher (ohne Riegel) 0,10. Bügeln 0,05 M. Gesamtlohn für die Arbeitshose 1,26 M.

Gefangenen-Jacke.

Einrichten 0,11. Maschinenarbeit 1,65. Handarbeit 0,50. Knopflöcher (ohne Riegel) 0,12. Bügeln 0,25 M. Gesamtlohn für die Gefangenen-Jacke 2,63 M.

Zuchthof für Gefangene.

Einrichten 0,10. Maschinenarbeit 0,88. Handarbeit 0,50. Knopflöcher (ohne Riegel) 0,10. Bügeln 0,30 M. Gesamtlohn für die Gefangenenhose 1,88 M.

Mantel für Gefangene.

a) Einrichten. Taschen, Lattenlänge und Rückenstück abzeichnen, Gurte zurechtschneiden, Futtfutter schneiden, laufende Nummer anheften, nach Farbe sortieren, Futzen zuteilen 0,35 M.
b) Maschinenarbeit. Seitennähte anfertigen (ohne Riegel), Vordertheilbelegen füttern 0,40. Rückenstück und Gurte anfertigen 0,25. Kanten verstärken, Kanten und Knopffreien stopfen 0,20. Seitennähte zusammennähen 0,06. Umbund an der unteren Kante steppen 0,06. Gurte an den Seitennähten durchsteppen 0,02. Kermel und Futtfutter zusammennähen 0,15. Hüftel zusammennähen 0,03. Untertragen füttern und abheppen 0,10. Obertragen verstärken, Kragen und Schlaufe steppen 0,12. Kragen aufnähen 0,04. Kermel einnähen und Aufhänger anfertigen 0,05 M. In Summa 1,48 M.
c) Knopflöcher anfertigen (ohne Riegel) 0,14 M.
d) Handarbeit. Kanten abzeichnen, verschneiden und sämtliche Knopflöcher abzeichnen 0,12. Oberbund anheften, Kanten umheften und Befehlen unterheften 0,13. Verschlußhaken und Zwirnöse anbringen 0,03. Futtfutter in den Vordertheilen, Rücken und Hüftel unterheften 0,15. Umbund an der unteren Kante umheften 0,07. Kermel unterziehen 0,08. Kermel einheften 0,08. Kragen verschneiden 0,07. Obertragen aufheften 0,10. Hals und Oese am Kragen annähen 0,12. Kragen aufsetzen 0,03. Obertragen übernähen 0,04. Leibfutter und Befehlen stapfieren, Kermelfutter übernähen und Aufhänger annähen, vordere Kanten und Rückenstück stapfieren, sämtliche Riegel und obere Oese anbringen, sämtliche Knopflöcher verriegeln 1,25. Knöpfe abzeichnen 0,05. Knöpfe annähen 0,12. Kragenstücke annähen 0,01 M. In Summa 2,47 M.

e) Bügeln. Vordertheile einbügeln und Futtfutter einheften, Befehlen ausbügeln und Taschenpartien feilbügeln 0,15. Rückenuntertritt und Seitennähte ausbügeln 0,05. Hüftel ausbügeln 0,02. Kermelnähte ausbügeln 0,04. Kermel abbügeln 0,08. Ober- und Untertragen ziehen und Röhre ausbügeln 0,17. Kragen abbügeln 0,06. Kragen ausbügeln 0,02. Mantel abbügeln 0,20 M. In Summa 0,81 M.
Gesamtlohn für den Gefangenenmantel 5,23 M.

Aus der Partei.

Die Partei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hielt am Nachmittag des 1. Februar in Berlin eine neue Reichskonferenz ab, an der ca. 30 Delegierte teilnahmen. Es waren neben dem Abgeordneten u. a. Vertreter aus Groß-Berlin, Leipzig, Halle, Königsberg, Dresden, Frankfurt a. M. usw. anwesend.

Denke nicht mehr Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“. Der Reichstagsabgeordnete Denke ist aus der Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ ausgeschieden. Ueber die näheren Umstände schreibt unser Bremer Parteiblatt:

„Die Geschäftsleitung bekam mit dem Genossen Denke vor einiger Zeit Differenzen, die aber wieder beigelegt wurden. Am Sonnabend ließ sich Denke während einer Auseinandersetzung mit dem Redakteur Danath und dem Geschäftsführer Rose zu einer ordentlich schweren Verleumdung dieser beiden Genossen hinreißen, die ein weiteres geduldetes Zusammenarbeiten mit ihm unmöglich machten. Die Geschäftsleitung sah sich gezwungen, das Anstellungsverhältnis mit ihm sofort zu lösen.“

Das Ausschreiben Denkes war sehr provozierend und erzeugte den Eindruck, daß er diesen Ausgang selbst herbeigeführt zu haben sich. Wie die „Bremer Nachr.“ berichten, ist ihnen von einer Seite mitgeteilt worden, Denke habe Aussicht, an einem auswärtigen Parteiblatte angestellt zu werden. Stimmt diese Nachricht, dann erscheint Denkes Verbleiben durchaus begreiflich.“

Aus Industrie und Handel.

Kurse lederindustrieller Aktien.

Zu denjenigen Industrien, denen durch Kriegslieferungen und infolge des Krieges überhaupt ungeheure Profite in den Schoß fielen, gehört in erster Linie die Lederindustrie. Die Filialen der Aktienunternehmungen beweisen, daß die Lederfabrikanten alle Vorteile haben, mit der Rentabilität ihrer Betriebe zufrieden zu sein. Es ist bekannt, daß Dividenden in der Höhe von 30 Proz. durchaus nicht zu den Seltenheiten gehören und daß Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen wurden, wie sie selten anzutreffen sind. Die Aktien-Lederfabrik Adler u. Oppenheimer, die besonders in einem Kriegsjahr 25 Millionen Ueberschuß abwarf, schrieb z. B. alle wichtigsten Konten bis auf eine Mark ab, das reizenhafte Strahlburger Grundstück im Werte von 6 Millionen Mark sieht infolge Abschreibung nur noch mit einer Million zu Buche. In welchem Umfange die Lederindustrie verdient, geht auch aus den diversen Wohlfahrtsleistungen hervor. So hat die Lederfabrik von Hermann Sager in Remmlingen, eine der größten Lederfabriken Norddeutschlands, der dortigen Stadtverwaltung binnen wenigen Monaten 1.200.000 M. in Form von Stiftungsgeldern zur Verfügung gestellt. Der fürlich zwecks Veranlagung zur Kriegsgewinnsteuer veröffentlichte Kursbericht weist für die Aktien der Lederindustrie Steigerungen bis zu 150 Proz. auf. Die Aktien der Lederfabriken Epidaur und Wandersdorf hatten am 30. Dezember 1918 einen Kurs von 210 bezw. 165 gegen 84 bezw. 66 als letzten Friedenskurs. Von sieben anderen Aktienfabriken lassen wir hier eine Gegenüberstellung der Kurse und ihre Steigerungen folgen. Es weisen auf:

	Kurs am 30. 12. 16	Letzter Friedenskurs	Steigerung Prozent
Lederw. St. Ingbert	103	50	90,5
Strahlberger Lederfabrik	280	160	75
Adler u. Oppenheimer	290	172	68,6
Widrather Lederw.	310	195	68,6
Lederw. Wiemann	190	181	60,2
Lederw. Röhre, Kreuznaht	135	106	27,3
Röster Lederw.	141	115	23,5

Wir sehen eine beträchtliche Steigerung der Kurswerte. Vergleich vor dem Kriege der niedrigste Kurs 50, der höchste aber 180, so haben wir jetzt Kurse von 135 bis zu 310. Es ist sehr bedeutsam für die Lederfabrikanten, daß sie trotzdem bei der Bewährung zeitgemäher Löhne recht wenig Entgegenkommen erweisen. Wenn die Arbeiter etwas besser wie in Friedenszeiten verdienen, dann nicht, weil man ihre Löhne aufbesserte, sondern, weil der bessere Verdienst durch Mehrarbeit bei den alten Lohnsätzen entfällt. Statt die Löhne zeitgemäß aufzubessern sind in letzter Zeit mehrfach Verleumdungen gemeldet worden. Leider sind die Lederarbeiter — wir haben hier die Loh- und Chromgerber im Auge — nicht so gut organisiert, daß sie von der Umschuldung an ihrer ungenügenden, der Schwere ihrer Arbeit und der Lebensmittelteuerung nicht entsprechenden Entlohnung frei gesprochen werden könnten.

Die Darlehnskassen des Reiches im Jahre 1915.

Das neueste Heft der Zeitschrift des königl. preuß. statistischen Landesamts gibt über die Entwicklung der Darlehnskassen des Reiches im Jahre 1915 einen Überblick, dem wir folgendes entnehmen: Seit ihrer Errichtung am 7. August 1914 bis Ende 1915 haben die Kassen entsprechend dem jeweiligen Darlehnsbestand Schemen zu 1, 2, 5 und 20 M. im Gesamtbetrag von 347 Millionen Mark aus, von denen 972,2 Millionen, das heißt 41,4 Proz. in den freien Verkehr gelangt wurden. Die vorgelebene Höchstgrenze von 3 Millionen Mark ist somit bis jetzt nicht erreicht worden. Dagegen zeigt der bisherige ansehnliche Umlauf der Kassen in der Gesamtsumme von 21,6 Millionen Mark davon, daß ihre Inanspruchnahme recht erheblich war. Am lebhaftesten vollzog sich der Kreditverkehr naturgemäß bei der Darlehnskasse in Berlin, die 1915 einen Umlauf von 932,8 Millionen Mark hatte und Darlehen im Betrage von 5041,5 Millionen Mark gewährte; das macht von sämtlichen Darlehen im Reich, die sich auf 8837,4 Millionen Mark beziffern, 58,4 Prozent aus.

Dieser Fortschritt des Darlehnsverkehrs ist, von den vorübergehenden Vorläufen an die Kriegsanleihe abgesehen, im wesentlichen Maße auf den erhöhten Kreditbedarf der Kommunalverwaltungen und Bundesregierungen sowie auf die Inanspruchnahme der Darlehnskassen seitens der Kriegsgesellschaften zurückzuführen. Insbesondere der Umlauf, daß der Zinsfuß der Kassen (3 1/2 Proz.) um 1/2 Proz. niedriger ist als der Lombardfuß der Reichsbank, hat dazu beigetragen, daß die Kreditinstitute einen großen Teil ihres Umlaufbedarfs bei den Darlehnskassen deckten.

Erste niederländische Messe. Vom 23. Februar bis 10. März 1917 findet die „Erste niederländische Messe“ statt, die einen rein nationalen Charakter tragen soll. Ausschließlich Erzeugnisse, welche in den Niederlanden und seinen Kolonien hergestellt oder bearbeitet worden sind werden zur Messe zugelassen. Besonders werden vertreten sein: Porzellan, Glas usw., Gold- und Silberwaren, Graphische Industrie, Artikel der Chemie, Holz-, Stoff- und Strohhandlung, Modestoffe und Konfektion, Kunstgewerbe, Leder, Kunstschmuck usw., Kordien, Torf usw., Metallbearbeitung, Instrumente, Maschinen, Motoren usw., Papier und Papierwaren, Textil, Gas und Elektrizität, Ernährungs-, Genussmittel usw. Wohnverhältnisse an holländischer Grenze durch den Syndikus von Sager der Ersten Niederländischen Kaufmannsgilde in Düsseldorf.

Eingegangene Druckschriften.

Sozialistische Monatshefte. 2. Heft. 23. Jahrg. Nr. 14. Tage ein Heft. 60 Pf. Selbstverlag Berlin W. 85.
Der Almanach der „Neuen Jugend“ auf das Jahr 1917. 1 M. Verlag „Neue Jugend“, Berlin-Charlottenburg 4.
Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. Heft 109—114. Jede Woche ein Heft. 30 Pf. Verlag Bong u. Co., Berlin W. 87.
Vollführer und Befehlshaber. Von Dr. L. Röhre, v. Radeck. Geb. 6 M. Verlag Kallies u. Loening, Frankfurt a. M.
England und wir! Von Dr. Georg Solmsen. 60 Pf. Verlag H. Marcus u. G. Weber, Bonn.
„Volksgesundheit“. Monatsschrift. 27. Jahrg. Heft 1. Einzelnummer 30 Pf. Verlag „Volksgesundheit“, Adolphsdröck-Druckerei.
Wirtschaftliche Ausführgänge mit Spar-Roth- und Rothbuch für die Kriegs- und Friedenszeit. Von Prof. J. Röhre. Preis 30 Pf. Volkshilfs-Verlag J. Hoffmann, Hamburg 33.
Die neuen Reichs-Kriegsgewinn-Steuer. 1 M. 2. S. Schwarz u. Co., Berlin S. Dresdener Str. 80.
Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier. Heft 21—23. Jedes Heft 25 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
Falken und Orient. Sonderausgabe der Zeitschrift: „Die Zeit“, 6 M. Verlag Friedrich Ehrhard u. Co., G. m. b. H., Berlin O. 19.
Vom Tode. Rätter aus dem Tagebuch eines Sanitäts-Arztstabs. Preis 3 M. Verlag Walter G. Rablhan, Kiel.
Vaterlandsverteidigung und auswärtige Politik der Sozialdemokratie. Von Spillator. Preis 25 Rappen. Prometheus-Verlag, Bern-Belp.
Litur. Romanen von Rasimir Ushitsch. Geb. 2,50 M., geb. 3,50 M. Verlag Kurt Wolff, Leipzig.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reuditz; für Inserate: Dr. Glode, Berlin Druv u. Verlag: Hermann Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Dieser 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Klärung in Groß-Berlin.

Zur Klärung der Organisationsverhältnisse in Groß-Berlin hatte der Genosse Eugen Ernst namens zahlreicher Parteigenossen sich mit dem nachfolgenden Schreiben an den Parteivorstand gewandt:

Berlin, den 26. Januar 1917.

An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Werte Genossen!

Die Unterzeichneten ersuchen den Parteivorstand um Mitteilung, wie sie sich in Groß-Berlin angesichts der durch die verschiedenen Oppositionsgruppen vollzogenen Trennung von der Gesamtpartei zu verhalten haben. Die Leitungen der Berliner Wahlkreisorganisationen stehen, mit Ausnahme des alten Kreiswahlbezirks für Teltow-Beskow, auf dem Boden der Opposition, sie nehmen in ihrer führenden Stellung ein und stellen die gesamten Mittel und Einrichtungen der Partei in deren Dienst.

Durch diese Tatsache kommen die auf dem Boden der Entscheidungen des Parteiausschusses und des Parteivorstandes stehenden Parteigenossen Groß-Berlins bei der ferneren Zahlung von Parteibeiträgen in einen schweren Bewusstseinskonflikt.

Durch Zahlung weiterer Beiträge liefern sie den von der Partei abgetrennten Oppositionsorganisationen die Mittel zur Bekämpfung der Partei. Eine Möglichkeit, die zur Zugehörigkeit zur Partei notwendigen Beiträge an anderer Stelle zu zahlen, ist nicht vorhanden. Sie muß aber geschaffen werden, um der Partei die Mitglieder in Berlin zu erhalten. Das ist eine Frage der Notwendigkeit. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die gegenwärtig die Kreisorganisationen beherrschende Opposition bewußt die Spaltung der Partei und die Abkühlung der auf dem Boden der Parteimehrheit stehenden Genossen vorbereitet hat. Für die Entwicklung der Dinge in Berlin erlauben wir uns, nur einiges unter Beweis zu bringen:

Unter bewusster Verletzung der in Berlin geltenden organisatorischen Bestimmungen rief die Opposition die Herrschaft in den Organisationen an sich. So wählte man im vierten Wahlkreis — trotzdem das Statut Urwahl vorsieht — den Kreisvorstand sowie die Mitglieder des Zentralvorstandes in der sogenannten Kreisversammlung. Und diese, weder nach Kreis- noch Bezirksstatut ordnungsgemäß gewählten Vertreter haben an all den für Berliner Organisationsleben so einschneidenden Beschlüssen im Aktionsausschuß, im Zentralvorstand und auch in der Preßkommission mitgewirkt.

Als zwanzig auf dem Boden der Parteimehrheit stehende Zentralvorstandsmitglieder gegen die Verurteilung einer Verhandlungsgeneralversammlung Protest erhoben, weil sie im schriftlichen Widerspruch zum Statut stand, eventuell ohne Bericht und ohne Möglichkeit der Rechtfertigung der bisherigen Organisationsleitung, nur zu deren Abkühlung durchgeführt werden sollte, beschloß die oppositionelle Mehrheit des Zentralvorstandes bereits offen die zukünftige Scheidung. Sie schließt eine Erklärung mit der Erklärung:

„Wenn die zwanzig drohen, sie würden die Beschlüsse der — (statutenwidrig berufenen) — Generalversammlung nicht anerkennen, so würden sie sich mit der Veräußerung dieser Drohung außerhalb der Organisation stellen.“

Der „Vorwärts“ sollte unter allen Umständen dem im Parteistatut vorgesehenen Einfluß des Parteivorstandes entzogen werden. Schon am 26. April 1916 wurde in einer Wahlvereinsversammlung die Parole ausgegeben:

„Die Hauptsache ist, Geld in die Hände zu bekommen!“
„Der „Vorwärts“ ist aus dem Hause Lindenstr. 3 heraus, und unter die alleinige Kontrolle der Berliner zu bringen. Zuerst ist Fischer zu künden, die anderen kommen dann an die Reihe. In wenigen Monaten ist alles erledigt.“

Das gelang nicht. Als dann der Parteivorstand das Blatt vor dem drohenden Verbot gerettet, als es wieder keine Aufgaben als Zentralorgan erfüllte, erfolgte der „Vorwärts“-Voyott mit der von dem Redakteur Strödel im sechsten Wahlkreise gegebenen Betonung:

„Nachdem alles andere nichts geblieben, bleibt uns nichts übrig, als den „Vorwärts“ zu ruinieren.“

Dieser Voyottbeschluss steht ebenfalls in Widerspruch zum Statut der Berliner Parteiorganisation, dessen § 11 besagt, daß jedes Mitglied „für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“ Sorge zu tragen hat.“

Gegen Parteigenossen, die nach dem Statut handeln, also im Gegensatz zu dem Voyottbeschluss den „Vorwärts“ weiterleiten, zahlen und für ihn agitieren, beschloß die Berliner Organisation:

„Die Aberkennung der Befugnis, in Zukunft Ehrenämter in der Partei und in ihren Organisationen zu bekleiden.“

Diese tief einschneidende Maßnahme ist nach dem Statut der Gesamtpartei nur auf dem Wege des Ausschlußverfahrens zulässig. Der werden Parteigenossen in Versuch und Wogen die parteigewandtschaftlichen Ehrenrechte aberkannt. — In Konsequenz dieses Beschlusses ist man bereits dazu übergegangen, altbekannte Parteigenossen zur Niederlegung ihrer Mandate als Gemeindevertreter usw. zu zwingen.

Zeigt sich in der „Vorwärts“-Voyott nur als die letzte Phase eines lang vorbereiteten Kampfes um seinen Besitz, so nicht weniger die jetzt erfolgte offene Trennung von der Partei als der Schlüssel einer langen Reihe organisatorischer Maßnahmen, die zu Weien und Geist der Einheitsorganisation in scharfem Gegensatz stehen.

Seit Beginn des Jahres 1915 haben nach der öffentlichen Erklärung Ledebours und Hoffmanns Geheimkonferenzen die Entscheidungen der Berliner Organisation beeinflusst. Ein fester organisatorischer Zusammenschluß der Berliner Opposition trat mit dem Unterchriften-Flugblatt vom 9. Juni 1915 in öffentliche Tätigkeit. Die Kosten wurden durch Sammlungen zu decken versucht. Ohne Kontrolle durch die Organisation stellten sich Teile derselben in den Dienst dieser Tätigkeit. Zu internationalen Konferenzen der Opposition wurden Delegierte entsandt. Die Gelder dazu sind von der Organisation, angeblich für „Kulturwerke“ bewilligt. In Rienthal hat der erste Vorsitzende der Groß-Berliner Organisation, Adolf Hoffmann, die feste Absicht der Parteipaltung durch die Erklärung bekundet:

„Wenn wir auf den nationalen Parteitag in der Minderheit bleiben, werden wir die Konsequenzen ziehen.“

Den letzten organisatorischen Zusammenschluß aller auf dem Boden der Opposition stehenden Organisationsgruppen im Reich unter Führung der Groß-Berliner Organisationsleitung forderte die Resolution Luxemburg, die in der Verhandlungsgeneralversammlung vom 29. Oktober 1916 einem neugebildeten Aktionsausschuß zur Erledigung überwiesen wurde. Im Statut der Groß-Berliner Parteiorganisation hat ein solcher Aktionsausschuß keine Grundlage und über seine besondere Tätigkeit ist keinerlei Bericht an die Mitglieder gelangt.

Jetzt zeigen die Einberufung der Reichskonferenz der Opposition und die von ihr gefassten Beschlüsse, die Erfüllung der in jener Resolution gestellten Forderung.

Die Groß-Berliner Organisationen haben nach dieser Vorarbeit die Reichskonferenz der Opposition offiziell durch Delegierte beauftragt, an ihren Beschlüssen mitgewirkt. Sie sind weiter durch die offizielle Unterzeichnung des Aufrufs der Arbeitsgemeinschaft und die von den Wahlkreisen gebildete Resolution des Zentralvorstandes für deren Ausführung eingetreten. Ganz so wie das führende Organ der Arbeitsgemeinschaft, die „Leipziger Volkszeitung“ erklärte, daß die selbständigen Organisationen der einzelnen Richtungen nebeneinander bestehen bleiben, so betont auch das offizielle Blatt der Berliner Organisation, das „Rüttelungsblatt“ vom 28. Januar 1917, daß aus dieser Artie „die Opposition geschlossen über das Reich hervorgehen müsse“.

Die Stellung der Berliner Organisation ist also völlig klar.

Besonders hinweisen wollen wir noch auf die von den Organisationen zwar nicht beschlossene, von deren Leitungen aber tatsächlich geübte Beitragsperre gegen den Parteivorstand. Sie steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Organisationsstatuts und erfolgt, obwohl verschiedene Berliner Wahlvereine über nicht unerhebliche Vermitteln verfügen. Sehr bezeichnend hierfür ist die Erklärung, welche der zweite Vorsitzende Groß-Berlins, Carl Leib, im sechsten Wahlkreise abgab, als ein Redner die Beitragsperre forderte:

„So etwas tut man, aber sagt es nicht!“
Nachdem so die offene organisatorische Trennung durch die Opposition herbeigeführt worden ist, ist es eine dringende, schnell zu erfüllende Aufgabe des Parteivorstandes, den Parteigenossen in Groß-Berlin die Möglichkeit der weiteren Zugehörigkeit zur Partei zu schaffen. Es muß ihnen schnellstens Gelegenheit gegeben werden, ihre Beiträge an eine Stelle zahlen zu können, die die Verwendung der Partemittel im Sinne des Parteistatuts sicherstellt.

Der Parteivorstand hat dieses Schreiben wie folgt beantwortet:

Werte Genossen!

Das von einer großen Anzahl Berliner Parteigenossen an und gerichtete Schreiben vom 29. Januar 1917 hat dem Parteivorstand vorgelegen.

Unsere Stellung zur Reichs-Sonderkonferenz der Opposition ergibt sich aus dem Beschlusse des Parteiausschusses vom 18. Januar 1917, dem wir zustimmen und aus unserm Aufruf: „An die Partei!“ vom 30. Januar 1917. In beiden Kundgebungen wird erklärt: die Sonderkonferenz der Opposition und die von ihr beschlossene Sonderorganisation stehen im Gegensatz zu dem im Parteiprogramm festgelegten einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse; sie sind unvereinbar mit dem Organisationsstatut der Partei. Organisationen, die sich auf den Boden dieser Konferenz und ihrer Beschlüsse stellen, scheiden damit aus der Gesamtpartei aus.

Der Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins steht zweifellos auf diesem Boden.

Die Berliner Verhandlungsgeneralversammlung vom 29. Oktober 1916 hat einen besonderen Aktionsausschuß eingesetzt, dem auch die Resolution Luxemburg zur Erledigung überwiesen worden ist. Diese Resolution verlangt den festen organisatorischen Zusammenschluß aller auf dem Boden der Opposition stehenden Organisationen im Reich zu einer Sonderorganisation. Diesem Verlangen hat die Reichs-Sonderkonferenz Rechnung getragen. Der Antrieb zur Schaffung der Sonderorganisation ging also von den Berliner Organisationen aus.

Die Berliner Organisationen waren auf dieser Sonderkonferenz durch offizielle Delegierte vertreten, die im Sinne der gefassten Beschlüsse wirkten.

Nachdem hat sich die Berliner Organisationsleitung mit dem Beratungskomitee der Sonderkonferenz solidarisch erklärt. In einer gemeinsamen Kundgebung mit dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft und in einer im Berliner Zentralvorstand beschlossenen Resolution ist das Vorgehen der oppositionellen Gruppen zu rechtfertigen versucht worden.

Dazu kommt ferner die Tatsache, daß die im Bezirksverband Groß-Berlin zusammengeschlossenen acht Wahlkreisorganisationen im laufenden Geschäftsjahr, also seit 1. April 1916 an die Zentralliste der Partei keinerlei Beiträge abgeführt haben. Mahnungen durch und waren bisher fruchtlos, obgleich in dieser Zeit Gelder für die Zwecke der Opposition verwendet worden sind.

Auch hat der Bezirksverband Groß-Berlin beschlossen, den „Vorwärts“, der nach dem Organisationsstatut der Partei, Zentralorgan der Partei und nach dem Statut des Bezirksverbandes Groß-Berlin Organ der Groß-Berliner Parteiorganisation ist, zu kopfsteuern und betreibt heute noch diesen auf die Verwendung des ganzen Zeitungsumsatzes gerichteten Voyott mit allen Mitteln. Die Groß-Berliner Organisationen haben sogar, entgegen den statistischen Bestimmungen des Genossen, die dieses parteischädigende und statutenwidrige Treiben nicht mitmachen, die Partei-Ehrenrechte abgeprochen.

Es steht sonach fest, daß die Groß-Berliner Parteioorganisationen sich tatsächlich von der Gesamtpartei losgelöst haben und zur neuen Partei der Arbeitsgemeinschaft gebildet.

Daraus sind die aus den Beschlüssen des Parteiausschusses und des Parteivorstandes sich ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Wir werden verlangen, daß für Groß-Berlin gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei Wahlkreisorganisationen geschaffen werden, in denen die Parteigenossen, die der Partei treu bleiben und ihre Pflicht gegen die Gesamtpartei erfüllen wollen, sich organisatorisch zusammenschließen können.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.
J. A. Oberst.

Die vorstehende Antwort des Parteivorstandes ging dem Genossen Eugen Ernst mit folgendem Begleitschreiben zu:

Berlin, den 31. Januar 1917.

Lieber Genosse Ernst!

Anliegend senden wir Dir unsere Antwort auf das von Dir im Auftrage zahlreicher Groß-Berliner Parteigenossen an uns gerichtete Schreiben vom 26. d. M. Du gibst wohl den Mitunterzeichneten von unserer Antwort Kenntnis.

Da Du als früherer langjähriger Vorsitzender der Bezirksorganisation Groß-Berlins mit den Verhältnissen vertraut bist, bitten wir Dich, im Einvernehmen mit uns die Maßnahmen in die Wege zu leiten, die erforderlich sind, um den organisatorischen Zusammenschluß der treu zur Partei stehenden Genossen Groß-Berlins herbeizuführen.

Besten Gruß

Der Parteivorstand.
J. A. Oberst.

Politische Uebersicht.

Die Einberufung des Reichstags.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat sich am Donnerstagabend vertagt. Die nächste Sitzung des Ausschusses ist für den 21. Februar in Aussicht genommen, jedoch soll der Abg. Spahn den Ausschuß früher zusammenberufen, sobald die politische Lage das erfordert. Man rechnet deshalb mit einem früheren Zusammen-treten des Ausschusses. Die nächste Plenarsitzung des Reichstages soll am 22. Februar stattfinden.

Belgien muß verschwinden!

Ganz und gar unzufrieden mit dem Teil der deutschen Note an Wilson, der sich mit Belgien befaßt, ist der Graf Reventlow. Er verlangt in der „Deutschen Tageszeitung“, daß der Name „Belgien“ verschwinde. Er schreibt wüthend Hinweis auf den Grundsatz der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung aller Nationen, wie er in der Note zum Ausdruck kommt:

Dieser übrigens von uns voll geteilte Standpunkt würde aber ausbleiben, mit Zweckbewußtheit für die Zukunft von einem „Belgien“ zu sprechen, denn in einer belgischen Staats in Freiheit für das belgische Volk eine Unmöglichkeit. Wirkliche Freiheit der beiden Nationalitäten auf belgischem Boden, der Flamen und der Wallonen, kann lediglich durch vollkommene Trennung beider, und zwar unter deutschem Schutze eintreten und erhalten werden. Ein Weiterbestehen der belgischen Regierung und des belgischen Königshauses ist aus demselben Grunde ausgeschlossen und,

ebenfalls wie wir neulich ausführten, etwa eine Regierung der Söhne des Königs Albrecht in Flandern und in Wallonen.

Auch deshalb muß das bisherige Belgien verschwinden und einem freien Flandern und Wallonen Platz machen. Diesen beiden Völkern kann und will nach Lage der Dinge aber einzig und allein das Deutsche Reich wirkliche Freiheit und wirklichen Schutz geben.

Dem Sinn der deutschen Note entspricht diese Auffassung in keiner Weise. Wenn Graf Reventlow wirklich, wie er behauptet, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennt, — warum bestimmt er dann über die Belgier, anstatt diese selbst bestimmen zu lassen, in welcher Form sie ihr staatliches Dasein führen wollen?

Höchst überflüssige Erregung.

Gegen die alldeutschen Blätter, die sich auf Grund irreführender Zeitungsberichte höchst überflüssigerweise mit der Hebelberger Rede des Genossen Scheidemann befaßten, haben wir bereits in Nr. 29 vom 20. Januar die Tatsachen ins rechte Licht gerückt. Jetzt schreibt uns Genosse Scheidemann, der dieser Tage in Süddeutschland politische Vorträge gehalten hat, hierzu noch folgendes:

„Die „Deutsche Tageszeitung“ greift mich in ihrer Abendausgabe vom 20. Januar, die mir erst heute zu Gesicht gekommen ist, in der ihr eigenen geschäftigen Weise wieder einmal an wegen Auslassungen, die ich in jüngster Zeit in Versammlungen getan haben soll. Hierzu zunächst dies:

Ich bin nur vornehmlich für das, was ich geredet oder geschrieben habe, nicht für Berichte, die über meine Reden veröffentlicht werden oder gar für offenkundige Fälschungen meiner Reden, wie ich sie mehrfach in alldeutschen Organen gefunden habe. Die von mir vertretene Politik läuft in vollkommen gerader Linie. Meine

Freunde und ich haben in voller Treue zur Landesverteidigung des deutschen Volkes, Wir wehren uns aber auch mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, der den kühnen Verteidigungskampf des deutschen Volkes in einen Eroberungskrieg umzuwandeln will. Gerade durch die irdischen Eroberungsprojekte und auch „Schreckensreden“ wird großer Unwille im Volke hervorgerufen und damit auch die Gefahr der Uneinigkeit heraufbeschworen. Im feindlichen Auslande dagegen wird durch diese Redereien der Kriegswille gestärkt. Ich sehe es als meine Pflicht an, dem entgegenzutreten, weil ich es für schädlich halte in einer Zeit, in der es notwendig ist, das Volk von der Schwere des Kampfes zu überzeugen, den wir um die Existenz Deutschlands zu führen haben. Ich habe in allen meinen Reden das Volk aufgefordert, trotz allen Verhaufes und aller Rufe auszuhalten. Denn wir kämpfen in diesem kühnen Kampf nicht für irgendwelche Sonderinteressen sondern für die eigene Sicherheit und für die Zukunft des deutschen Volkes. Was die „Deutsche Tageszeitung“ aus meinen Bemerkungen über Elbeh-Vorfällen gemacht hat, ist vollkommenst Unfair; ich verliere darüber kein Wort.“

Ein anneyonistischer Fortschrittler.

Der Oberbürgermeister Rörte von Königsberg gehört bekanntlich als Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei an. Allerdings drohte er kürzlich mit seinem Austritt aus der Partei, weil der Königsberger Verein eine Resolution gegen den Dietrich-Schäferschen „Unabhängigen Ausschuß“ angenommen hatte, dem Herr Rörte gleichfalls angehört. Es ist jedoch nicht bekannt geworden, daß er den Austritt vollzogen hätte. In einer öffentlichen Versammlung der fortschrittlichen Gesellschaft 1915 in Königsberg führte Herr Rörte folgendes aus:

Der Frieden müsse uns einen Zuwachs an Macht und äußeren Besitz in Ost und West bringen. Von einer

Kriegsentschädigung könnten wir nicht abgeben. In Regionen in Ost und West müßten es ermöglichen, die beinschreitenden Krieger durch Anstellungen in der Heimat festhalt zu machen.

Da Herr Münte selbst im Eingang seiner Rede davor warnte, vor dem gefährlichen Optimismus, die Kräfte unserer Gegner zu unterschätzen, so ist er sich wohl klar darüber, daß sein Programm unbedingt Kriegsverlängernd wirken muß.

Der abgeführte Fuhrmann.

Aus Bielefeld wird uns berichtet: Der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann hatte hier am Sonntag, den 28. Januar, in einer von den bürgerlichen Parteien veranstalteten Kundgebung eine alldeutsche Propagandarede gehalten, die von Ausfällen gegen Scheidemann und Bethmann strahlte. Die sozialdemokratische Partei hierbei darauf als Antwort zu Dienstag, den 30. Januar, eine Versammlung mit dem gleichen Thema ein, in der Genosse Schering als Referent die „Friedensziele der deutschen Arbeit“ vom sozialdemokratischen Standpunkt aus behandelte. Nach ihm gab der christlichsozialer Gewerkschaftssekretär Oberhoffel namens seiner Freunde eine Erklärung ab, in der er unter anderem ausführte:

„Herr Fuhrmann ist hier heute abgeführt worden, wie er es verdient hat. Keine Parteifreunde hatten sich für ihre Beteiligung an der Kundgebung am Sonntag ausbedungen, daß Angriffe auf den Reichskanzler unterblieben. Das Komitee hatte dem zugestimmt. Das ist Herr Fuhrmann wohl auch gefelgt worden, er hat sich aber nicht daran gehalten. Wenn die Arbeit am Fuhrmann gegen die Regierung Sturm laufen, dann ist es wohl in erster Linie die Frucht, daß die breiten Schichten des Volkes Auguständnisse von der Regierung zugebilligt erhalten könnten.“

„Ich kann die Erklärung abgeben, daß wir mit der heutigen Versammlung einverstanden sind.“

Die von etwa 1800 Personen (etwa doppelt so stark als die alldeutsche Versammlung) besuchte Versammlung, in der sich auch zahlreiche bürgerliche Elemente befanden, nahm einstimmig eine Entschließung an, die sich für die energische Verteidigung Deutschlands, aber ebenso gegen jede Verlängerung des Krieges zu Anreizzwecken energisch ausdrückt.

Die Alldeutschen behaupten mit Vorliebe, daß hinter der sozialdemokratischen Friedenspolitik, wie sie Scheidemann vertritt und wie sie auch in Bielefeld vertreten worden ist, die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter nicht stünde. Hier haben sie einen Beweis dafür, daß sogar weite Kreise der nicht sozialdemokratischen Arbeiter und des Bürgertums in ihre eine richtige Vertretung der Volkinteressen sehen.

Die schwergeprüften Familien.

Bei den Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstags im Herbst vorigen Jahres ist von sozialdemokratischer Seite angeregt worden, Söhne solcher Familien, die bereits mehrere Angehörige im Weltkrieg verloren haben, möglichst nicht an vorderster Front zu verwenden. Diese Anregung wurde dahin ausgeführt, daß auch den Vätern linderreicher Familien die gleiche Rücksicht zuteil werden soll. Von militärischer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß eine solche Anordnung bereits erfolgt sei. Am 21. November 1916 stellte Abg. Stücken eine Anfrage, in der es unter Hinweis auf diese Verfügung heißt:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, darauf hinzuwirken, daß die Grundzüge für die Anwendung dieser Verfügung baldigt der Öffentlichkeit übergeben werden?“

Am 1. Februar d. J., also nach vollen drei Monaten, erhielt Abg. Stücken folgende Antwort:

„Die Veröffentlichung der Grundzüge ist bereits am 19. November 1916 mit folgendem Wortlaut erfolgt:

„Das Kriegsministerium hat Anordnung getroffen, daß bei der Verwendung der Mannschaften auf die Familienverhältnisse der oft schon durch schwere Verluste hart geprüften Familien Rücksicht zu nehmen ist, und daß Familienväter mit vielen Kindern möglichst nicht dauernd in vorderster Linie Verwendung finden.“

Diese Antwort kann nicht befriedigen. Der Reichskanzler war gebeten worden, darauf hinzuwirken, daß die Grundzüge für die Anwendung dieser Verfügung der Öffentlichkeit übergeben werden. Von diesen Grundzügen ist in der erteilten Antwort jedoch mit keinem Worte die Rede.

Kleine Anfragen im Reichstag. Im Reichstag sind eine Reihe neuer kleiner Anfragen eingelaufen. Der Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.) fragt an, ob der Reichskanzler bei schuldigen oder in entschuldigen Tertium begangenen Vergehen gegen die wirtschaftlichen Kriegsgesetze die Einführung der bedingten Verurteilung, wenigstens als Kriegsmahregel, beabsichtigt. Der Abg. Mumm (Dtsh. Frkt.) stellt eine Anfrage wegen des Zuckers, welcher der Ernährung entzogen und der Umwandlung in alkoholische Getränke überantwortet wurde. Der Abg. Adler (Z.) fragt an, ob das Gesetz über die Verlegung der Personen der Unterlassen des Reiches und das Militär-Hinterbliebenengesetz, welche den berechtigten Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht mehr entsprechen, analog den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung abgeändert werden sollen, und ob schon vor Änderung der gesetzlichen Bestimmungen im Wege der Verordnung die Vertretung der Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen durch Berufsvereine, gemeinnützige Vereine und Anstalten zugelassen werde. Der Abg. Heide (D. L. Fr.) erkundigt sich nach Maßregeln, damit die durch die aufgedeckten Schließungen im Osten erzielten großen Verlesenerträge für die Schweinemast nutzbar gemacht werden können. — Auf einige Anfragen sind Antworten eingelaufen, die Antwort auf eine Anfrage des Genossen Stücken behandeln wir an besonderer Stelle.

Preussisches Herrenhaus. Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet am Dienstag, den 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Hiberniarfrage und das Diätengesetz.

Der Landtag in Sachsen-Weimar wird seine Tätigkeit am 12. Februar wieder aufnehmen. Unter den Regierungsvorlagen steht eine Erhebung eines Zuschlags von 25 Prozent zur Reichs-Einkommensteuer vor. Außerdem wird die Kandidatur des Landtags verlängert werden.

Zulagen für Lehrer. Der Kultusminister hat angeordnet, daß die für die unmittelbaren Staatsbeamten getroffenen Bestimmungen über die Erhöhung der laufenden Kriegszulagen und die Gewährung weiterer einmaliger Kriegszulagen auch auf die Volksschullehrer und Lehrkräfte, sowie die auftragweise gegen feste monatliche Entschädigung beschäftigten Schullehrer und Lehrkräfte Anwendung finden. In der Rechtszahl der Fälle ist die Auszahlung der einmaligen Zulagen bereits erfolgt, die weiteren Zahlungen sollen auf absehende befristet werden.

Preussischer Haushaltsausschuss.

Gute Finanzen im Kriege. — Eine Polendebatte.

Im verhängten Haushaltsausschuss des Abgeordnetenhauses wurde am Donnerstag zunächst der

Etat der Seehandlung

beraten. Der Berichterstatter teilte mit, daß das Geschäftsergebnis 1915 ein sehr günstiges gewesen sei. Der Reingewinn sei von 7 Proz. des Grundkapitals im Vorjahre auf 16 Proz. gestiegen. Auch die Depositionsumme hätte sich bedeutend erhöht, und zwar von 185 Millionen am 1. April 1915 auf 663 Millionen Mitte März 1916. Der Präsident der Seehandlung bestätigte, daß auch das laufende Geschäftsjahr sehr günstig abschleife. Auf Vorschlag des Berichterstatters empfiehlt die Kommission die Bildung eines Reservefonds. Der Etat der Seehandlung wurde bewilligt, ebenso die Etats der Zentralgenossenschafts-Kasse und der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.

Beim Etat der

direkten Steuern

wies der Berichterstatter darauf hin, daß das Steuerertragsverhältnis 1915 ein sehr günstiges gewesen sei. Es betrug 1912: 320, 1913: 350, 1914: 380, 1915: 400 und 1916: 410 Millionen. Der Berichterstatter ist der Meinung, daß die Aufstellung der Finanzen im Haushaltsplan zu ungünstig ausgefallen sei. Es hätten 100 Millionen mehr nachgewiesen werden können. Er bittet den Finanzminister, weiter dafür einzutreten, daß den Einzelstaaten die Einnahmen aus den direkten Steuern nicht durch Maßnahmen der Reichsfinanzgesetzgebung eingeengt werden und fragt an, ob eine Junggesellensteuer geplant sei. Ein Regierungskommissar rechtfertigt die Staatsaufstellung, aber auch von nationalliberaler Seite wurde hervorgehoben, daß die Etatsentwürfe zu pessimistisch angelegt seien. Der Finanzminister betonte, daß die Aufstellung des Etats im Kriege sehr schwierig sei; absichtlich und wesentlich würden die Referenzen nicht geteilt. Die Einengung der Finanzen in den Einzelstaaten durch das Reich sei ein trübes Kapitel. Die Entscheidung über die Junggesellensteuer könne erst nach dem Kriege erfolgen; er persönlich stehe ihr impathisch gegenüber. Ein Fortschrittler hielt es für wünschenswert, die Frage der Einwirkung der Reichsfinanzgesetzgebung jetzt nicht zu behandeln. Ein nationalliberaler Redner nimmt Stellung gegen die in die Öffentlichkeit hineingetragenen Beschlüsse, für eine Konfiskation eines Teils des Vermögens Stimmung zu machen. Der Finanzminister sollte dagegen entscheiden Stellung nehmen. In der weiteren Debatte wünschte ein Zentrumsmittglied, daß die freiwilligen Krankenpfleger freiwillig den Militärpersonen gleichgestellt werden. Der Etat wurde bewilligt.

Beim

Etat des Finanzministeriums

lag ein konservativer Antrag vor, durch den der Beginn der Rückzahlung der den Stadtgemeinden gewährten Kreditsdarlehen um zehn Jahre hinausgeschoben werden sollte. Der Finanzminister lehnte eine Fristverlängerung in solchem Umfang ab und der Ausschuss einigte sich schließlich auf Hinausschiebung um drei Jahre. Ein polnischer Vertreter erhob Widerspruch gegen die Etatsposition, die dem Oberpräsidenten von Posen zur

Förderung des Deutschtums in den Ostmarken

einen Fonds zur Verfügung stellt, und beantragte ihre Streichung. Der Finanzminister hat diesem Verlangen entgegen. Ein Fortschrittler führte aus, daß seine Freunde nach der Begründung des Polenstaats auch eine Ausdehnung größeren Stils in der preussischen Polenpolitik wünschten. Die Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokraten erklärten, daß sie für die Streichung des Titels stimmen würden. Es entspann sich eine längere lebhafte Polendebatte. Scharfe Bemerkungen des polnischen Vertreters wurden von nationalliberalen, freikonservativen und fortschrittlichen Mitgliedern ebenso scharf zurückgewiesen. Schließlich erklärte der polnische Vertreter, daß sich die Polen wohl als preussische Staatsbürger, aber nicht als gleichberechtigt betrachten. Die Polen hätten nichts dagegen, daß sich die Deutschen in den Ostmarken entwickeln, sie verlangten nur Gleichberechtigung.

Der beantragte Titel wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten bewilligt.

Zur Verhandlung kamen weiter drei Anträge, die die Steuerfreiheit der Kriegszulagen und -Beihilfen erreichen wollen. Nach längerer Erörterung wurde der folgende Antrag angenommen:

Die aus Anlaß der Kriegsteuerung bewilligten Beihilfen und Zulagen der unmittelbaren und mittelbaren Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter des Reichs, des Staats und der Kommunalverbände sowie der Geistlichen, Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Kirchenverbände, Kirchengemeinden und anderer Religionsgemeinschaften und Religionsgemeinschaften sind frei von Staats- und Gemeindesteuern.

Der Finanzminister stimmte dem Antrag ebenfalls zu. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Freilassung der einmaligen Steuerzulagen der in Privatbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Etat wurde bewilligt und die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung Montag (Handel und Gewerbe).

Die Erteilung des Abhehrscheins.

Berlin, 1. Februar. Mit Zustimmung des vom Reichstage gewählten Ausschusses hat der Bundesrat durch eine Verordnung vom 30. Januar 1917 neue Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den bairischen Hilfsdienst erlassen. Die wichtigsten von ihnen beziehen sich auf die Erteilung des Abhehrscheins. Nach der Verordnung ist jeder Arbeitgeber, der einen Hilfsdienstpflichtigen beschäftigt, verpflichtet, ihm einen Abhehrschein auszustellen, wenn das Arbeitsverhältnis von seiner — des Arbeitgebers — Seite oder mit seiner Zustimmung aufgelöst wird; es ist dabei gleichgültig, ob der Betrieb des Arbeitgebers selbst zu den Hilfsbetrieben zählt oder nicht. Weigerung hat für den Arbeitgeber zwar keine Bestrafung, wohl aber Schadenersatzpflicht zur Folge. Die Ausdehnung der Verpflichtung zur Erteilung von Abhehrscheinen, die in dieser Bestimmung liegt, ist im Interesse der Arbeiter wie in dem der Kriegswirtschaft, deren Aufgaben kein zeitweiliges Brackliegen von Arbeitskräften dulden, notwendig geworden. Da sich nämlich jeder Arbeitgeber, der einen aus einem Hilfsdienstpflichtigen ausgegliederten Hilfsdienstpflichtigen Arbeiter ohne Abhehrschein einstellt, strafbar macht, und da auf der anderen Seite in sehr vielen Fällen nicht oder nicht rasch und mit Sicherheit festzustellen ist, ob der Betrieb, aus dem der Arbeiter kommt, zu den Hilfsbetrieben im Sinne des Gesetzes gehört, haben die Arbeitgeber vielfach die — von ihrem Standpunkte verständliche und richtige — Praxis angenommen, Hilfsdienstpflichtige grundsätzlich nur mit Abhehrschein einzustellen. Verallgemeinert sich dieses Verfahren — und das liegt sehr nahe — so würden Hilfsdienstpflichtige Arbeiter ohne Schein vor Ablauf der zweitägigen Frist, nach der in keinem Falle mehr ein Schein gefordert zu werden braucht (§ 1 des

Gesetzes), überhaupt keine Arbeit finden. Deshalb soll also künftig jeder Arbeitgeber den Abhehrschein erteilen. Freilich kann ihm dies billigerweise nicht zugemutet werden, wenn er der Auflösung des Arbeitsverhältnisses nicht zustimmt. Aber auch in diesem Falle soll ein Fortein der Arbeiter in seinem und im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse vermieden werden. Einmal wird darum der Arbeitgeber, der sich weigert, den Abhehrschein auszustellen, verpflichtet, den Hilfsdienstpflichtigen zu Arbeitsbedingungen weiterzubeschäftigen, die mindestens nicht ungünstiger sind als die bisherigen. Außerdem kann der Hilfsdienstpflichtige von dem Vorsitzenden des Ausschusses, der über Beschwerden wegen Verweigerung des Abhehrscheins entscheidet, eine schriftliche Auskunft darüber verlangen, ob der Betrieb, aus dem er ausgeschieden will, ein Hilfsdienstbetrieb im Sinne des Gesetzes ist. Verneint dies die Auskunft, so kann der Hilfsdienstpflichtige von jedem anderen Arbeitgeber sofort eingestellt werden, ohne daß letzterer sich strafbar macht. Eine andere als diese Rechtswirkung hat der erwähnte „Vorbescheid“ nicht; der ordentlichen, durch das Gesetz geregelten Entscheidung über den Hilfsdienstcharakter des Betriebs greift er in keiner Weise vor.

Der Pflicht des Arbeitgebers, den Hilfsdienstpflichtigen Arbeiter, dem er den Abhehrschein verweigert, weiterzubeschäftigen, entspricht die Pflicht des Arbeiters, der gegen die Verweigerung Beschwerde einlegt, bis zur Entscheidung der Beschwerde sein Beschäftigungsverhältnis im Betriebe fortzusetzen. — es sei denn, daß ihm die Fortsetzung nach den Umständen des Falles nicht zugemutet werden kann (bei Mißhandlung, größerer Beförderung, Gesundheitsbedrohung usw.). Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet auf Antrag durch den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses.

Der Abhehrschein muß auf einem besonderen Blatt, getrennt von den Arbeitspapieren des Hilfsdienstpflichtigen, erteilt werden. Er muß Angaben über Name der Firma des Arbeitgebers oder der Organisation, Ort, Straße und Hausnummer der Beschäftigungsstelle, wo der Hilfsdienstpflichtige zuletzt tätig war, und über die Dauer der letzten Beschäftigung enthalten. Er ist ebenso wie die oben erwähnte Auskunft stempelfrei. Auch das Verfahren vor den verschiedenen Ausschüssen des Gesetzes und vor deren Vorsitzenden sowie vor der Zentralstelle beim Kriegsamt ist frei von Stempel- oder Gebührenbelastung.

Einige Bestimmungen regeln das Verfahren vor den Ausschüssen und der Zentralstelle. Es mag erwähnt sein, daß die Vorsitzenden wegen unentschuldigtem Ausbleiben oder unentschuldigter Versäumnis und wegen unentschuldigter Verweigerung einer Aussage Ordnungsgeldstrafen bis zu 100 M. verhängen können. Die Zentralstelle und die Ausschüsse sind befugt, die Amtsgerichte um die richtliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu ersuchen. Eine Strafvorschrift beugt der Mißregelung von Arbeitern und Angestellten wegen der Teilnahme an den Wahlen zu den Arbeitern oder Angestelltenausschüssen der Betriebe oder wegen ihrer Tätigkeit in diesen Ausschüssen vor. Arbeitgeber oder deren Vertreter, die Arbeiter oder Angestellte im Zusammenhang mit den Ausschüssen und der Ausschüttungstätigkeit beschränken oder benachteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Haft bestraft. Für die Arbeitnehmervertreter in den Hilfsdienstausschüssen und in der Zentralstelle beim Kriegsamt ist ein ähnlicher Schutz bereits durch § 8 der Verordnung vom 21. Dezember 1916 geschaffen.

Für die Hilfsdienstpflichtigen, die nach Empfang der besonderen, schriftlichen Aufforderung, sich eine Hilfsdienstbeschäftigung zu suchen, eine solche gefunden haben, ist eine Anzeigepflicht vorgesehen. Die Anzeige ist unversäglich zu erteilen, an den Ausschuss, von dem die Aufforderung ausgegangen ist, zu richten und vom Arbeitgeber durch seine Unterschrift zu bestätigen. Bei Unterlassung der Anzeige kann Geldstrafe bis zu 30 M. verhängt werden. Vorhande für die Anzeige werden dem Aufforderungsbescheide beigelegt.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Stadtverordnetenversammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Februar 1917, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Nischelet nach 1/2 Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den plötzlich verstorbenen unbedeutenden Stadtrat Benzl und den verstorbenen Stadtv. P. A. K. (Linke) eröffnet.

Kriegsfürsorge in der Schuhindustrie.

Für die Arbeiter und Angestellten der Schuhwarenindustrie will der Magistrat eine besondere Kriegsfürsorge errichten; den Entwurf des bezüglichen Gemeindebeschlusses hat er am 12. Januar der Versammlung zugehen lassen. Am 18. Januar hatte die Versammlung begonnen, war aber abgebrochen worden, da Beschlussfähigkeit eintrat.

Stadtv. Brüdner (Zog.) bemängelt, daß die Vorlage so spät gekommen ist, und beantragte Eingehalten. Die Entscheidung sollte nicht für die Stunde, sondern für die Woche fixiert werden; zu vermieden sei aber vor allem die Mitwirkung der Gewerkschaften und die Gleichberechtigung ihrer Zahlreichen als Unterstützungsrichtungen. Der Redner tritt für Ausschüttung ein.

Stadtv. Sonnensfeld (Linke) hofft auf Verhandlung in einem Ausschusse auch über die bei seinen Freunden, insbesondere hinsichtlich der Kohnbedingung, vorhandenen Bedenken.

Stadtv. Ras (Z. Fr.) meint, die Vorlage sei eigentlich überflüssig, da man von Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie nicht reden könne. Gegen einen Ausschuss habe er aber nichts einzuwenden. Dieser wird sofort gewählt. Ihm gehören Brüdner, Glode, Koblenger und Ritter an.

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Für die Fortsetzung des Betriebes der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist eine weitere Rate von 150.000 M. erforderlich.

Stadtv. Brüdner (Zog.) Wir stimmen für die Fortsetzung, halten aber die Kriegsbeschädigtenfürsorge in erster Linie für eine Verpflichtung des Reichs, wo die Kommunen nur ergänzend einzuspringen haben. Das Reich hat ja auch den Kommunen für diesen Zweck Mittel überwiesen, deren Verwendung aber an Voraussetzungen geknüpft ist, die die Kommunen in ihrer Vermögensfreiheit beschränken. Die einzelnen Fälle sollten mit größter Besonnenheit, jedenfalls mit größerer als bisher erlaubt werden; in der letzten Zeit sei es allerdings besser geworden. Die geplante Errichtung einer Rechtskonsultationsstelle in der Politische Bezugsstelle; dort sollte auch der Arbeitsnachweis dauernd verbleiben.

Stadtv. Cassel (Linke): In der Tat handelt es sich hier um eine Verpflichtung des Reichs. Aber die Zusagen, daß uns die vorausgesetzten Gelder erteilt werden, lauten immer unbestimmt. Wir müssen dabei verharrten, daß die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten vom Reich zu tragen ist.

Stadtrat Dr. Preuß verweist auf einen Erlaß des Reichsfinanzamts, wonach über die weitere Bereitstellung von Reichsmitteln für diesen Zweck Verhandlungen schweben. Die Antwort auf die bestimmte gefällte Frage der Stadt sei also zwar wohlwollend, aber auch noch unbestimmt.

Die Bewilligung erfolgt einstimmig. Die Petition der Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands um Gehaltserhöhung wird nach dem Antrag des Petitionsausschusses, Referent Stadtv. Brüdner, dem Magistrat als Material überwiesen.

Der Fonds von 3000 M. „zur Unterstützung hilfsbedürftiger pensionierter Lehrpersonen“ soll mit Rücksicht auf die

durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse für das Rechnungsjahr 1916 bis zu 6000 M. überschreiten und daraus auch eine Umerüstung an Lehrmitteln genützt werden. — Die Versammlung stimmt zu.

Bei der Vorlage zur Kenntnisnahme, daß der Magistrat den Beschlüssen der Versammlung befr. die

Regelung der Kriegszulage

beigetreten ist, bringt

Stadts. Dr. Wehl (Soz.) zur Sprache, daß noch heute ganze Kategorien von Angehörigen nicht in den Besitz der Zulage gelangt sind, daß darüber Mitte Februar bekanntgegeben werde. Da die Beschlüsse schon am 21. Dezember gefaßt waren, liegt eine unentschiedene Gesamtsitzung vor, zumal alles darüber einig gewesen sei, daß die Zulagen möglichst zu Neujahr zahlbar gemacht werden sollten.

Bürgermeister Dr. Reide: Es kann sich nur um minimale Fälle handeln. In einigen kleinen Verwaltungen hat man ebenalwegen Personalmangels nicht noch genug arbeiten können.

Stadts. Dr. Wehl: Auch die große Krankenhausverwaltung befindet sich darunter. Wir haben unseren Beschluß am 21. Dezember gefaßt, am 22. hat der Magistrat zugestimmt, und nach 6 Wochen ist die volle Durchführung noch nicht erfolgt.

Der städtische Arbeitsnachweis

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis soll seine Einrichtungen und seinen Betrieb in die städtische Verwaltung überführen, nachdem der Magistrat einen öffentlichen Arbeitsnachweis zu errichten beschloffen hat. Der Leiter soll als Gemeindevorstand bestellt werden, die allgemeinen Angelegenheiten, Oberleitung, Aufsicht, Personalanstellung, Haushaltsplan usw. sollen von der Gemeindevorstandung, Abteilung für Arbeitsnachweis, bearbeitet werden; der Arbeitsnachweis erhält die Stellung einer städtischen Betriebsverwaltung. Die meiste Ausgestaltung zu einem Arbeitsamt ist vorbehalten. Die Stadt tritt in die Mietverträge des Zentralvereins ein und übernimmt das Personal zu den bisherigen Gehaltsbedingungen; der Leiter soll als Direktor ein Gehalt von 8000 M., steigend alle 2 Jahre um 500 M., bis zu 10 000 M., beziehen.

Stadts. Imberg (Fr. Fr.) ist durchaus für die Kommunalisierung des Arbeitsnachweises, wenn jede Schwärzung und Bürokratisierung vermieden wird. Für die Verberaterung beantragt er Einsetzung eines Ausschusses.

Stadts. Sonnenfeld (Linke) erkennt die große Tragweite der Vorlage an, zumal sie eigentlich nur eine Generalvollmacht für den Magistrat darstellt. Man wolle sich über die durch die Vorlage der Zukunft vorbehaltenen Pläne schon jetzt wenigstens im Ausschusse unterhalten.

Stadts. Ritter (Soz.): Wir verlangen programmatisch schon seit langen Jahren die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises. Nach 1915 hat uns diese Frage bei dem Verlangen der Errichtung eines städtischen Nachweises für die Handelsangestellten beschäftigt. Was soll denn nun jetzt bezüglich der Handlungsgehilfen geschehen? Die Vorlage sagt darüber kein Wort. Inzwischen hat der Verband mehrerer Arbeitsnachweise in Berlin einen solchen Nachweis eingerichtet und dieser funktioniert sehr gut. Was soll ferner hinsichtlich der Vermittlung der Lehrlinge geschehen? Auch darüber findet sich keine Andeutung in der Vorlage; oder auch dieses Gebiet muß Berlin in seine Hand bekommen, es darf sich nicht von dem genannten Verbande, dessen Vorsitzender auch der Vorsitzende des Zentralvereins ist, an die Hand drücken lassen. Die Arbeitslosenfürsorge soll in Zukunft in Verbindung mit der neuen städtischen Einrichtung reorganisiert werden, so deutet die Vorlage an, die auch von einem künftigen Arbeitsamt spricht. Für ein solches haben wir uns stets ausgesprochen. Die Vorlage ist noch gar so sehr durchdringt von der Auffassung, daß die Arbeitsnachweise für die Arbeiterschaft ein Kampfmittel seien. Davon kann nicht mehr die Rede sein. Andererseits hat sich bei dem Vorsitzenden des Zentralvereins immer mehr die Tendenz herausgebildet, die Selbstständigkeit der Kuratoren der Nacharbeitsnachweise einzuschränken. Dabei ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in diesen Kuratoren durchaus gut. Auch hierüber wird im Ausschusse mir beantragt, zu reden sein. Seltsam ist, daß wir ein Angebot des Zentralvereins annehmen sollen, aber das noch verhandelt wird; übrigens weiß ich von diesem Angebot nichts, obwohl ich Vorstandsmitglied bin. (Hört! hört!) Hier schneidet wieder der Geist des mehrgenannten Vorsitzenden über den Bescheid; nach dieser Methode ist bisher immer gearbeitet worden. — Für den Arbeitsnachweis halten wir ein eigene Deputation, für den Leiter einen Präfiker für nötig.

Stadts. Hübner (Soz.) rekapituliert die Vorgeschichte der Vorlage und notiert dem Zentralverein und seinen hervorragenden Leistungen, sowie dem Vorsitzenden, Landesrat Dr. Freund, den besonderen Dank des Magistrats. Die gewaltige Steigerung der Aufgaben der Arbeitsvermittlung lasse aber den Fortbestand des heutigen, etwas schwerfälligen Apparats nicht länger räthlich erscheinen. Dem Magistrat liege es ganz fern, etwa dumme Pläne zu schmieden; die Vorlage beschränke sich weiser Beschränkung, weil die Folgen der Nacharbeitsnachweise und der Befestigung der Arbeitsvermittlung große Schwierigkeiten bergen, die erst allmählich gelöst werden können. Alle in der Diskussion angeregten Fragen würden vorurteilslos geprüft werden. Zum 1. April 1917 müsse die Stadt im Besitz des Nachweises sein, wenn auch mit den bisherigen Kuratoren der Nacharbeitsnachweise noch über diesen Termin hinaus werde gearbeitet werden müssen. In der Ausführung für den Leiter sei keineswegs unbedingt ein Akademiker, sondern ein wissenschaftlich und praktisch gebildeter Mann verlangt. (Beifall.)

Stadts. Döbe (Linke) erwidert Ritter bezüglich des Handlungsgehilfen nachweises. Dasselbe habe man den städtischen Nachweis auch daran abgelehnt, weil die organisierten Handlungsgehilfen selbst nicht mitmachen wollten. Seine bezüglichen Reklamationen zu erheben, sei unbedeutend.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern, den der Vorstand sofort ernannt; es gehören dazu auch Brücker, Glöck, Heßmann, Köstler und Ritter (Soz.).

Kleinkinderfürsorge

Eine außerordentliche Beihilfe von 6000 M. soll als Kriegswohlfahrtsauswendung für das Rechnungsjahr 1916 dem Hauptverein Kinderhort zu Berlin genützt werden.

Stadts. Dr. Rosenfeld (Soz.) erhebt auch bei dieser Gelegenheit wieder die Forderung der Verstaatlichung der Kinderhorte, Kinderkrippen und Kleinkinderbewahranstalten. Die gegenwärtig vorhandene Vorlage in dieser Beziehung sei durchaus ungenügend und gebe zu einer langen Reihe der verschiedensten Beschwerden Anlaß. Der Magistrat müge doch endlich diesen Teil der sozialen Arbeit in Angriff nehmen und auch Zuständig geben über den Stand der Vorarbeiten.

Stadts. Rosenfeld: Der Magistrat hat durchaus auf dem Standpunkt, daß auf diesem Gebiete etwas geschehen muß. Ein besonderer Kriegsausgang ist bereits in Tätigkeit getreten; er arbeitet Hand in Hand mit den bestehenden Vereinen, die auch ihrerseits durchaus bereit sind, sich den steigenden Anforderungen und den neuen Verhältnissen anzupassen. Die Vorarbeiten sind ihrem Abstände nahe; es wird nicht nur für die Errichtung von Krippen, sondern auch für die Sänglinge gesorgt, was möglich ist. Für die Kostenbedeckung wird vor allem das Reich angegangen werden.

Stadts. Rosenfeld (Fr. Fr.) weist auch auf die Bedürfnisse der Kleinkinderhorte hin und hält die Forderung beträchtlicher Mittel auch seitens der Kommunen für geboten.

Die Versammlung bewilligt die 6000 M. Mit der Einziehung elektrischer Beleuchtung bei städtischen städtischen Neubauten hat sich der Magistrat einem Versammlungsbeschlusse entsprechend einverstanden erklärt; für Anträge betreffend vorhandener städtischer Gebäude soll der Ausschuss der Stadtschreiber, Gas- und Elektrizitätswesen, zuständig sein. — Die Versammlung stimmt zu.

Den 64. Vorgesetzten des Nationalen Frauendienstes soll die

Kriegsteuerzulage mit 18 N. monatlich ebenfalls genehmigt werden.

Der Antrag, diesen Satz auf 20 N. zu erhöhen, wird vom Stadts. Dr. Wehl, unter lebhafter Anerkennung der Betätigung des Nationalen Frauendienstes, ebenso vom Stadts. Galland (Linke) befürwortet und von der Versammlung einstimmig angenommen.

Für 5 Automobile zum Rotstanztransport und 5 Ammoniakwaffelmaschinen für den Betrieb der Gaswerke, sowie für die Erweiterung der Kesselfeuerwasser-Reinigungsanlage des Gaswerks IV in der Dargatzter Straße wird ein Betrag von 139 000 M. ohne Debatte bewilligt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 3/4 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises

Aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Berlins kommunale Sozialpolitik soll mit der jetzt endlich vom Magistrat beauftragten Verstaatlichung des Arbeitsnachweises wieder mal einen kleinen Schritt vorwärts tun. Die Stadtverordneten erklärten sich in ihrer gestrigen Sitzung grundsätzlich einverstanden, aber sie werden die Magistratsvorlage durch einen Ausschuss näher prüfen lassen. Daß es da noch manches zu ändern und zu bessern gibt, zeigte Genosse Ritter in sachkundigen Darlegungen. Stadts. Hübner, den man seit langer Zeit zum ersten Male wieder in der Stadtverordnetenversammlung sah, wollte die Einwendungen in gewohnter Weise abtun. Hoffentlich wird der Ausschuss ihn eines anderen belehren.

Auf der Tagesordnung stand noch eine Reihe von Vorlagen aus dem Gebiet der Kriegswohlfahrtsfürsorge. Zu der Kriegsbeschädigtenfürsorge, zu der Fürsorge für die Arbeiter der Schuhindustrie, zu den Kriegszulagen für die Gemeindegemeinschaften, zu den Kriegszulagen für die Gemeindegemeinschaften, zu der Beihilfe für die Kinderhorte brachten unsere Genossen Brücker, Wehl, Rosenfeld verschiedene Wünsche vor. In die Debatte über die Kinderhorte griff auch Stadts. Genosse Sassenbach ein, der hier zum ersten Male als Magistratsvertreter sprach. Er machte Mitteilungen über die vom Magistrat geplanten und schon in Angriff genommenen Jugendfürsorgemaßregeln.

Ohne Prügel geht's nicht?

Den „Vorwärts“-Bericht (in Nr. 23) über die Verammlung der Berliner Schulkommismissionsvorsitzer, in der die behauptete Verwahrlosung der Jugend und die gegen sie zu ergreifenden Maßnahmen erörtert wurden, gibt jetzt die „Pädagogische Zeitung“ wieder. Zur Sache hat sie nichts zu bemerken, sie kann es sich aber nicht versagen, unseren Einspruch gegen die von den Schulkommismissionsvorsitzern betonte Forderung eines möglichst weitgehenden Zuchtungsrechtes der Schule in folgendem Zusatz zu bekräftigen:

Wir sehen in dem Zuchtungsrecht kein „Mittel“, aber es gibt nun mal Fälle, wo eine körperliche Züchtung das Richtige und Wirksame ist. Der Lehrer aber, der in solchem Ausnahmefall kräftig zugreift, setzt sich allerlei Gefahren aus, als da sind gerichtliche und disziplinäre Bestrafung, abgeben von Eltern mit Wutern und dergleichen. Es mag geschehen, daß mit weiteren Verbesserungen der Volksschule und ihrer Hilfseinrichtungen sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie körperliche Züchtigungen immer seltener notwendig werden; die Kriegszeit aber ist dieser Entwicklung offenbar nicht sehr günstig.

Es herrscht lauterbar, daß die „Pädagogische Zeitung“, das vom Berliner Lehrerverein herausgegebene Hauptblatt des Deutschen Lehrervereins, zu weiter nichts als zu der Frage des Zuchtungsrechtes sich äußern zu lassen glaubt, wie zwar dies das Wichtigste wäre. Aus dem Hinweis auf den „offenbar nicht sehr günstigen“ Einfluß des Krieges müssen wir wohl den Schluß ziehen, daß schon jetzt — weil Schule und Haus unter den besonderen Verhältnissen leiden und ihre Erziehungsarbeit erschwert sehen — wieder mehr als sonst geprügelt wird.

Das Einheitsbrot

war gestern vormittag im Siebener Ausschuss der Brotartenkommission Groß-Berlin noch einmal Gegenstand längerer Beratung. Der Vorschlag der Unterkommision, die über ihre nachmaligen Verhandlungen Bericht erstattete, ging dahin, neben einem aus 55 Prozent Roggen, 35 Prozent Weizen und 10 Prozent Streckungsmitteln zusammengesetzten Brot noch ein reines Weizenbrot als Großgebäck einzuführen, und zwar beide Brotarten in zwei Größen zu 1000 und 1800 Gramm Gewicht. In diesem Sinne wurde schließlich auch mit allen gegen eine Stimme entschieden und damit der erneut angenommene Antrag auf Selbsthaltung der Schrippe abgelehnt. Die erheblichen Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit eines Großweizengebäcks vom Standpunkt der Masse der Bevölkerung aus haben in diesem Beschlusse leider keine Berücksichtigung gefunden. Günstigkeit herrscht im Siebener-Ausschuss über den unterzüglichen Erlaß des Nudelnbrotverbots. Nur den Kandidaturen soll die Herstellung von einigen Kuchenarten gestattet sein, die sowohl in der Art wie auch dem Preise nach vorgeschrieben werden. Ein Unterschlüssel erhielt den Auftrag, sofort die Vorbereitungen dazu zu treffen und nach einer Woche dem Ausschusse zu berichten. Bis dahin wurde auch die Entscheidung über die Kundenliste für den Brotverkauf vertagt, da über deren Wert und die Gestaltung noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Heute, Freitag abend, wird man die Vollversammlung der Groß-Berliner Brotartenkommission das letzte Wort in der Protokollfrage sprechen. — Nach den vorstehenden Mitteilungen scheinen die Beratungen zunächst nicht zur Lösung der Hauptkalamität, nämlich der ordnungsmäßigen Verteilung der Mehlmengen unter den verschiedenen Bezirken Groß-Berlins geführt zu haben; denn das neue Protokoll wird das kaum bewirken und wird die Aufsammlungen vor den Bäckereien der an Brotmangel leidenden Gegenden wohl nicht beistimmen.

In der kommenden Woche Brot und Mehl statt Kartoffeln.

Mit Rücksicht auf den anhaltenden ungewöhnlich starken Frost stellt sich der Magistrat Berlin genötigt, in der kommenden Woche von einer allgemeinen Verteilung von Kartoffeln abzusehen und an Stelle von Kartoffeln Brot und Mehl zur Verteilung zu bringen. Den Erlaß teilweise in Brot und teilweise in Mehl zu geben, war unbedenklich geboten, damit die Bevölkerung in die Lage versetzt wird, sich mit dem Mehl warme Mahlzeiten zu bereiten, indem sie entweder das Mehl zu Suppen, Klößen oder ähnlichem verwendet oder zur Zubereitung von Köstchen verwendet. Außerdem hat sich bei der letzten Verteilung von Mehl herausgestellt, daß in großem Umfange der dringende Wunsch besteht, Mehl

zu erhalten. Infolgedessen hat der Magistrat Berlin als Ersatz für die Kartoffeln 400 Gramm Mehl und 800 Gramm Gebäck bestimmt.

Die 300 Gramm Gebäck sind gegen Abtrennung der vierblau gestrichelten Abchnitte 41 b bis 41 d der Kartoffelkarte unter gleichzeitiger Vorlegung der Berliner Lebensmittelliste in der Woche vom 8. bis 11. Februar in den Bäckereien zu entnehmen, während das Mehl auf Abchnitte Nr. 25 der Berliner Lebensmittelliste in der üblichen Weise gegen Voranmeldung bei den durch Aushang bekannte gemachten Geschäften entnommen werden kann.

Wer sich mit Kartoffeln für den Winter eindecken hat, darf in der folgenden Woche höchstens 2 Pfund Kartoffeln auf den Kopf verwenden und erhält daneben, da er nicht um Besitze einer Kartoffelkarte, nach die 400 Gramm Mehl auf Grund des Abschnitts 25 der Berliner Lebensmittelliste.

Da auf diese Weise jeder eine ausreichende Menge Mehl in der nächsten Woche erhält, ist bestimmt, daß die beiden Mehlabschnitte der Brotkarte in der folgenden Woche nicht zum Verkauf von Mehl, sondern nur zum Verkauf von Gebäck verwendet werden dürfen.

Zu diesen Mitteilungen bemerkt der Magistrat Berlin: Wenn es auch bedauerlich ist, daß der Bevölkerung in der folgenden Woche Kartoffeln nicht zur Verfügung gestellt werden können, so wird doch durch die gebotenen Mengen Mehl und Brot ein hinreichender Ersatz für die ausfallende Kartoffelmengen geboten.

Das Versicherungsamt der Stadt Berlin

bringt in seinem Verwaltungsbericht für 1915 wieder einen Überblick über die Wirkungen der in der Reichsversicherungsordnung zusammengefaßten sozialen Gesetzvorschriften. Zunächst ist besonders erwähnenswert die trotz des Krieges weiter dauernde günstige wirtschaftliche Lage der Krankenkassen. So ist z. B. das Vermögen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin von 11 480 881 M. im Jahre 1914 auf 10 355 915 M. im Jahre 1915, mithin um 7875 534 M., d. h. um 68,8 vom Hundert, gestiegen. Das ist um so bemerkenswerter, als die Zahl der männlichen Kassenmitglieder infolge der Einziehungen zum Heeresdienst gegen das Vorjahr sanken, die Zahl der weiblichen, ein schlechteres Risiko abgebenden Kassenmitglieder, dagegen in dem gleichen Zeitraum erheblich gestiegen ist. Infolge der Erweiterung der Bundesratsverordnung vom 1. Dezember 1914 betreffend die Kriegswochenhilfe, durch verschiedene Kostträge, besonders denjenigen vom 23. April 1915, ist eine erheblich größere Anzahl von Wöchnerinnen der Wöchnerinnen der Kriegswochenfürsorge teilhaftig geworden.

Der Umfang der Unfallversicherung hielt sich ungeändert auf der gleichen Höhe wie in den letzten Monaten des Jahres 1914 nach Kriegsausbruch; so wurde z. B. das Einpruchsverfahren in diesen Monaten in durchschnittlich 181 Fällen durchgeführt, während im Jahre 1915 der Durchschnitt monatlich 194 Fälle betrug. Zum Vergleich sei angeführt, daß vor Kriegsausbruch im Durchschnitt monatlich 302 Einpruchsverfahren zu erledigen waren.

Bei der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung hat sich die Zahl der Streckungen 1915 weiter vermindert (177 gegen 284 im Jahre 1914). Bearbeitet sind 3336 Invaliden-, 506 Alters- und 8150 Hinterbliebenenfürsorgeerträge gemäß der Reichsversicherungsordnung, im ganzen 14 012 gegen 11 638 im Jahre 1914. Von Hinterbliebenen gefallener Kriegsteilnehmer sind im Berichtsjahr 3643 Anträge (gegen 752 im vorhergehenden Jahre) eingegangen.

Die Nichtannahme von Postpaketen während der letzten Tage hat, wie vorausgesehen war, die Folge gehabt, daß gestern, wo der normale Betrieb wieder einsetzte, ein überaus starker Andrang zu den Postämtern stattfand. Lange vor Beginn der Dienststunden sammelte sich das Publikum und bildete eine Kette vor den Türen der Postämter. Es tritt eben hier, wie bei allen Verschiebungen des Postverkehrs, z. B. der Verminderung der Schalterzahl, immer die gleiche Wirkung zu Tage: um die Arbeitskraft einiger Beamten zu sparen, zwingt man viele tausend Personen, ihre Arbeitskraft in Stundenlangem Warten zu vergeuden. National ist dieses Verfahren niemals, am wenigsten aber in der gegenwärtigen Zeit, wo jede Stunde einer nützlichem Arbeit gewidmet sein sollte.

Bei der städtischen Volkspreijung müssen in sämtlichen Küchen und Ausgabestellen von Montag, 5. Februar ab die Speisen täglich für den folgenden Tag im voraus bezahlt werden; am Sonnabend aber haben die Teilnehmer an der Volkspreijung Vorauszahlung für den Sonntag und Montag zu leisten.

Die Preise für Schuhwarenpreise besonders Richtsätze für die Preisberechnung beim Ausbessern von Schuhwaren erlassen und gleichzeitig bestimmt, daß die Schuhmachermeister die Preise für die einzelnen Arbeiten durch Aushang in ihrem Geschäftstafel bekannt geben müssen. Einseitliche Preise stehen sich mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Materials nicht schließend. Auf eine Anfrage bei der Gutachterkommission wird dem „P.“ erklärt, daß sich nach der neuen Preisberechnung die Preise für Herrenschuhe mit gutem Material auf etwa 6 bis 8 M., für gute Hühner etwa bis 1,50 M., für Vorarbeiten je nach der Güte des Materials auf 8—12 M. stellen dürften. Natürlich sind die Preise nur für gutes Material zu verstehen, bei minderwertigem Material muß der Schuhmacher, wenn er nicht strenge Strafe gewärtigen will, entsprechend billigere Preise berechnen.

Straßenbahnverkehr nach den Bezirkskommandos in der General-Pape-Strasse. Mit dem heutigen Tage werden die Linien 40 und 28 an Verlangen vom Kaiser-Wilhelm-Platz ab durch die Kolonnenstraße nach der General-Pape-Strasse (Bezirkskommando) durchgeführt, und zwar Linie 28: ab Kierstraße 5.46 morgens bis 7.1, ab Kierstraße 7.0—8.45 abends, ab General-Pape-Strasse 8.57—8.12 abends alle 15 Minuten; Linie 40: ab Schweinmünder Straße 6.8 und 7.25—9.8 abends, ab General-Pape-Strasse von 8.26 bis 10.8 abends alle 30 Minuten. Zu den übrigen Stunden an den Werktagen sowie während des ganzen Sonntags verkehren beide Linien nach wie vor auf dem fahrplanmäßigen Wege bis zur Offenbacher- bzw. Gothenstraße.

Industrie und Groß-Berliner Wohnungspolitik. Anlässlich der am 6. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungsaal des Berliner Rathhauses unter Vorsitz des Staatssekretärs a. E. Dr. Dernburg stattfindenden 3. Generalversammlung des Groß-Berliner Vereins für Wohnungsfragen wird Herr R. v. Siemens — anlässlich der am den Bericht des Geschäftsführers Dipl.-Ing. Kehler über die Tätigkeit des Vereins und die Groß-Berliner Wohnungspolitik im Kriege — einen Vortrag über „Die Bedeutung der Wohnungsfrage für die Industrie“ halten. Danach wird der Direktor des städtischen Grundstücksamts, Herr Thielke, über „Die gemeindliche Grundstückspolitik nach dem Kriege“ sprechen. Da die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sowie alle am Groß-Berliner Wohnungswesen interessierten Persönlichkeiten vertreten sind, können Wünsche auf Teilnahme an der Versammlung nur in besonderen Fällen Berücksichtigung finden.

Erhöhte Hesperation. Mit Rücksicht auf die gegenwärtig sehr schlechten Wege darf in der Zeit vom 2.—16. Februar an Arbeitspferde — nicht aber an Händler- und Kurspferde — 1 1/2 Pfund Hafer pro Tag und Kopf mehr verteilt werden. Die nachträgliche Verteilung des Hafers durch die Futtermittelhändler erfolgt vom 8. Februar ab. Bis dahin ist jeder Pferdehalter in der Lage, von der für die Zeit bis zum 16. Februar bereits ausgebenen Hafermenge den zulässigen Mehrverbrauch zu decken.

Zum Fall Kupfer. Der Majorleutnant, dessen Verhaftung gestern mitgeteilt wurde, ist bald nachher wieder entlassen worden. Die Verhaftung war erfolgt, weil Leutnant G. im Verdacht geratet

war, Gebührenschriftstücke an Frau Kupfer ausgedrückt zu haben. Der Verdacht ist dadurch entstanden, daß unter den Schriftstücken der Kupfer Papiere gefunden wurden, die eine unleserliche Unterschrift aufwiesen. Es wurde vermutet, daß diese von Leutnant G. herrühren. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen, so daß die Aufhebung des Haftbefehls durch den vernehmenden Kriegsgerichtsrat angeordnet wurde.

Schleifhandel mit Fleischwaren. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße wurden auffallend schwere Koffer und Kofferstücke zur vorübergehenden Lagerung eingeliefert. Sie sollten den Aufweis erweisen, als ob sie Reisenden gehörten. Geheuer wurden auf dem Bahnhof zwei Körbe geöffnet. In einem, der ebenso wie der andere im Innern zu diesem Zweck besonders eingerichtet war, befanden sich 157 Kilogramm polnische Würst, Speck, Fleisch usw., in dem andern 70 Kilogramm polnische Würst und dergleichen mehr. Ein Mann, der die Körbe abholen wollte, wurde als ein russischer Händler aus dem besetzten Gebiete festgehalten. Es ergab sich, daß mehrere Händler im Kaiserreich Polen zusammenkauften, was zu haben ist, und alles von Kattowitz aus als Postpaketgut nach Großhändler bringen, besonders nach Berlin. Hier verkaufen sie die Waren für 10—12 Mark das Pfund unter der Hand, besonders in Wein- und Bierwirtschaften.

Beim Bau der Untergrundbahn tödlich verunglückt ist am Mittwoch der 62 Jahre alte Arbeiter Edward Hoffmann aus der Hochstraße 30. Der Mann war mit dem Entleeren einer Lore auf der Halbbahn am Schöneberger Ufer beschäftigt. Dabei glitt er auf der Rampe aus, von der Sand in einen unter dem Landwehrlanal liegenden Kabin gekippt wird, fürzte kopfüber in die Tiefe, schlug auf den zum Teil schon beladenen Kabin auf und brach sich das Genick.

Feuer auf dem Schlesiens Bahnhof. In der Nacht zu Donnerstag wurde die Berliner Feuerweh durch Feuer auf dem Schlesiens Bahnhof alarmiert. Dort stand auf dem Gleise der schlesische Bahn ein Postpaketwagen in Flammen. Die Feuerweh mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig eingreifen, um die Gefahr zu beseitigen. Durch den Brand entstand eine Betriebsstörung von längerer Dauer und der Reisenden auf dem Bahnhof benachteiligte sich eine Aufregung, die sich erst legte, als ihnen mitgeteilt wurde, daß der Verkehr aufrecht erhalten werden würde.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich am Mittwoch Abend an der Admiralstraße. Dort waren Knaben und Mädchen trotz aller Warnungen auf das Eis des Landwehrkanals hinabgeschritten und liefen darauf herum, bis ein der Mädchen einbrach. Zum Glück waren Leute zur Stelle, die das Mädchen retteten. Es wurde von der Feuerweh nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

In einem Anfälle von Schwermut nahm sich der 72 Jahre alte Vater G. aus der Semmelstraße das Leben. Er fürzte sich aus dem Fenster seiner Wohnung auf den gepflasterten Hof hinab und war sofort tot.

Bureauverlegung. Der vom Kriegsdienst (Kriegsrohstoffabteilung) ins Leben gerufene Kohlenausgleich verlegt ab 3. Februar seine Geschäftsräume aus der Verlängerung Hedemannstraße nach dem Hause Bubapfeifer Str. 5. Abends sind alle Eingaben dorthin zu richten; in dringenden Fällen ist der Kohlenausgleich unter Amt Zentrum 9304/9305 zu erreichen.

Aus den Gemeinden.

Zur Gemeindevertreterwahl in Orin.

Sonntag, den 4. Februar, von 12 bis 9 Uhr, findet in der Turnhalle der 2. Gemeindegemeinschaft, Werderstr. 24, eine Kommune zur Gemeindevertretung für den zum Schluß gewählten Genossen Gutschmidt statt. Zu wählen ist ein Angelegener; Stimmen, die auf einen Nichtangelegenen fallen, sind ungültig. Kandidat der Mehrheitsanhänger ist Genosse Wilhelm Wutenichon.

Der Kampf um dieses Mandat wird bereits zum drittenmal zwischen Mehrheits- und Minderheitsanhängern der Sozialdemokratie ausgefochten.

Bei dem zweiten Wahlgang gelang es der Mehrheit, ihre Stimmenzahl von 20 auf 52 zu erhöhen. Von den Minderheitsanhängern wird nun die Behauptung aufgestellt, dieser Stimmenzuwachs sei lediglich auf Konto bürgerlicher Stimmen zurückzuführen. Demgegenüber sei festgestellt, daß nach der amtlichen Wählerliste die 52 Wähler, welche den Kandidaten der Mehrheit ihre Stimme gaben, folgenden Berufen angehören: Arbeiter 14, Tischler 8, Schlosser 3, Buchbinder 2, Mechaniker 2, Schankwirts 3 und je einen Vertreter 23 anderer Berufsgruppen, die nur aus Arbeitern oder Angestellten zusammengesetzt sind.

Zur Verbohrung des Bildes sei noch bemerkt, daß die Anhänger der Minorität zu ihrem Gemeindevertreter ein Mitglied des Hausbesitzervereins erkorren haben. Den Wählern hatte man diese Tatsache allerdings verheimlicht, jedenfalls in der sehr richtigen Annahme, daß es sich doch wohl mancher Arbeiter überlegt hätte, einem Vertreter des organisierten Hausbesitzes seine Stimme zu geben.

Es wird erwartet, daß bis zu der am Sonntag stattfindenden Wahl alle Genossen die Zeit dazu benutzen, um für den Kandidaten der Partei zu wirken.

Die Wilmersdorfer Stadtvorordneten beschäftigten sich in der jüngsten Sitzung mit einem Antrag Dr. Edel und Genossen, der vom Magistrat die Errichtung einer aus unabhängigen Bürgern gebildeten Stelle zur Erledigung von Beschwerden über Fragen der Lebensmittelversorgung verlangt. Unter neu gewählten und zurzeit einziger Vertreter im Stadtparlament, Genosse Ingenieur Lüdemann, benutzte diese Gelegenheit, um darzulegen, daß viel wichtiger als die Erledigung von Beschwerden die Sorge für ihre Verhütung sei. Zu diesem Zweck empfahl er eine Ergänzung des Antrages durch die Aufforderung an den Magistrat, durch Veranstaltung öffentlicher Vorträge zur Aufklärung der Bevölkerung über die Organisation der Lebensmittelversorgung beizutragen. Dadurch würde nicht nur viel aus Unkenntnis der Zusammenhänge geborene Mißstimmung, und Aufregung beseitigt, das Volk würde zugleich auch die dringend nötigen Waffen bekommen, um unerlaubter Preisbildung und wucherischer Ausbeutung mehr als bisher zu wehren zu geben. Seine Ausführungen hatten den Erfolg, daß die Verlesung unter Zustimmung geschäftstörungsähnlicher Bedenken, obwohl der Hauptantrag als durch die Maßnahmen des Magistrats erledigt erklärt wurde, den Vorschlag Lüdemann dem Magistrat zur Erwägung überließ. Hoffentlich führen diese Erwägungen bald zu nützlichen Taten.

Lebensmittelnachrichten aus Schöneberg. Der Magistrat Schöneberg verteilt bis 10. Februar in den durch seinen Verkaufsanschlag kenntlich gemachten Geschäften an Abschnitt 50 der Lebensmittelkarte ein Viertelpfund Hefergrüge zum Preis von 11 Pf. Es wird zu reichlich Ware ausgegeben, daß jeder Abschnitt eingelöst werden kann. Vom 6. Februar ab — jedoch nicht früher — erteilt die Auskunftsstelle — Neues Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 261 — mündlich und am Fernsprecher Auskunft, in welchen Geschäften noch Ware vorhanden ist.

Lebensmittelverkauf in Neudän. Ueber den Verkauf von Vieh, Graupen, Rüdeln und sonstigen Lebensmitteln durch die Kolonialwarenhändler sind und Klagen darüber zugegangen, daß es einem Teil der Einwohnerchaft nicht möglich gewesen wäre, die ihm zuzehende Menge zu erwerben. Der Magistrat teilt mit, daß ausreichende Mengen zur Verteilung gekommen sind und daß allen denjenigen, die die Ware bisher noch nicht erhalten haben, Gelegenheit gegeben wird, die ihnen zuzehenden Mengen noch nachträglich zu kaufen. Es werden den betreffenden Einwohner mündlich oder telephonisch (Magistrat Neudän, Zimmer 186, Leitung 118) vom 7. Februar d. J. ab Geschäfte namhaft gemacht werden, in denen sie ihren Bedarf decken können.

Die gleichen Beschwerden wie bei der Verteilung am Montag sind auch anlässlich der gestrigen Warmeladenverteilung erhoben worden. Es wird höchste Zeit, daß die Verteilung besser organisiert wird und alle wohnbürgertlichen Grundstücke bei der Verteilung an die Lieferanten bereits gelegt werden.

Ueber den Verkauf von Weiz, Weizen und Roggen denkt der Magistrat, daß auch bei diesen Lebensmitteln infolge der Knappheit unbedingt eine Rationierung vorgenommen werden muß. Bei der in Aussicht genommenen Rationierung sollen die eingebrachten Vorräte des Publikums zur Anrechnung gelangen.

Lebensmittelnachrichten aus Brig. In dieser Woche wird in der Verkaufsstelle der Gemeinde auf Lebensmittelkarte abgegeben: Abschnitt 44 Weizenmehl (Normen 2001—2004), Abschnitt 45 Sirup oder Karmelade (Normen 2001—2000), Abschnitt 46 Makrelen (Normen 1001—2000), Abschnitt 47 Kaffeebohnen (Normen 1—1000), Abschnitt 48 Sonderauslieferung, Abschnitt 49 Sprosse in Zirkel.

Auf Abschnitt 60 werden Flüssigkeiten bei dem Kaufmann Gropius, Chausseestraße, abgegeben.

Ausgabe von Weiz in Kottbus. Die Gemeinde hat sich auf dringende Vorstellungen bereitwillig, während der Dauer der beratschlagten Rationierung sämtlich andere Nahrungsmittel zur Ergänzung an die Einwohnerchaft zu verteilen. In der Woche vom 1. bis 7. Februar findet nun die Verteilung von Weizenmehl statt und zwar von 200 Gramm pro Kopf. In diesem Zweck haben die Inhaber von Lebensmittelkarten bis Freitag, den 2. Februar, den Kartoffelabschnitt 15 bei ihrem Kleinhandler gegen Beklebung abzugeben. Anmeldungen, die nach dem 2. Februar beim Kleinhandler eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Aus aller Welt.

Fabrikunfall. In einer an der Deutsch-Niedheimer Straße in Köln gelegenen Fabrik ereignete sich ein großer Unfall dadurch, daß eine Sauerstoffflasche, welche beim autogenen Schneiden von eisernen Trägern verwendet wurde, zerbrach. Drei Arbeiter wurden sofort getötet, einer wurde schwer und einer leichter verletzt.

Erdbeschäden in Steiermark. Das steirische Grenzstädtchen Rann wurde durch das gemeldete Erdbeben schwer getroffen. Zahlreiche Personen sind verletzt worden, von ihnen fanden bisher zwei. Als das Erdbeben ausbrach, eilte die Bevölkerung, von wilder Angst

erfüllt, aus den Häusern auf die Straße. Niemand wagte mehr unter Dach zu gehen. Die meisten Gebäude stürzten zusammen, und die Obdachlosen mußten in Eisenbahnwagen untergebracht werden. Das Erdbeben war so stark, daß der Seismograph auf der Grazer Gebirgsstation zerbrach wurde.

Arbeiter-Zemvertrund. Kolonne Reich-Berlin. Schick wurde haben soll die Karte abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung: Montag, 2. bis 5. Februar, Räder der Str. 62. Vortrag, danach praktische Verhandlungen. Gänge haben einmaligen freien Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

Die kurzfristige Sprechstunde findet im Monnerien Hindenstr. 3, IV. 501 rechts, barriere am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Samstag von 3 bis 6 Uhr statt. Ueber die den Briefkasten bestimmten Beiträge ist ein Pachtbuch und eine Zeit als Maßstab zu berücksichtigen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abrechnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Anfragen tragen man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 99. 1. Die Nebenkommissionen werden ersucht, nicht gemäß 2. Den Kommissionen können auch Unteroffiziere angehören. 3. Ueber die Befugnisse dieser Kommissionen bedürfte keine bestimmten Vorschriften. 4. Dieses Recht steht ihr nicht zu. — **N. 101.** Allgemeine Körperverletzungen. — **N. 102.** 78. Allgemeine Körperverletzungen zurückgestellt. — **N. 103.** 86. Ihre Anfrage ist uns nicht bekannt. Sie müssen diese wiederholen oder per 15. bis zu uns in die Sprechstunde kommen. — **N. 104.** 68. 1. und 2. Wenn Sie von der Steuerbehörde dazu aufgefordert werden, sind Sie dazu verpflichtet. 3. Wenn von der Steuerbehörde darüber verlangt werden, müssen Sie diese machen. 4. Das ist auf dem Formular angegeben. — **N. 105.** 100. Einen Abzug von der Miete dürfen Sie nicht machen, der Wert könnte sonst mit Erfolg auf Rückzahlung klagen. Sie werden aber nach den vertraglichen Bestimmungen auch von ihm keinen Schadenersatz verlangen können, da wie Sie selbst anerkennen, er sich darauf nicht verpflichtet hat, die durch höhere Gewalt um die Einzahlung der vertraglichen Verpflichtungen nicht möglich war. — **N. 106.** 1. und 2. Nein. — **N. 107.** 50. Sie haben Ihre Sache der sozialdemokratischen Fraktion überlassen. Die Fraktion wird während der Einsetzung zum Beerdienst nicht weitergehelt. **Kaufmann G. C.** Der Abzug von der Unterzahlung ist in diesem Falle berechtigt, da das Kind sich nicht in häuslicher Pflege befindet. — **N. 108.** 173. An den Magistrat zu Wilmersdorf. — **N. 109.** Einen Antrag auf Abschaffung des Verkaufsbüros können Sie bei der betreffenden Steuerklasse beim Magistrat stellen.

Vertrauenswürdig ist das mittlere Norddeutsche als **Gesundheitsmittel.** Barmherziges und etwas nobles Produkt. Keine erheblichen Nachschüsse.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Industriearbeiter

Michael Borowiak
von der Firma AGG, Huttenstr. am 30. Januar im Alter von 65 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken:
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schallenskirchens in Reinholdstr. Humboldtstr. 68/73, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.
71/12

Schöneberger Männerchor.
R. D. M. S. C.
Nach längerem Verbleib verstarb unser lieber Freund und Ehrenmitglied

Rudolf Eichhorn.
Wie verlieren mit ihm unseren langjährigen und tüchtigen Gesangsbruder, der heiß, so lange es seine Gesundheit zuließ, für den Verein eifrig tätig war.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Beerdigung: Sonntag nachmittags 1 Uhr. 18349
Der Vorstand.

Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter in Berlin (Zusammenfassung).
Bureau: O. 54, Rindlerstr. 25.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich der Aufsichtsrat gebildet hat und zu seinem Vorsitzenden das Mitglied **Karl Behrend**, NW. 21, Bremer Straße 42, gewählt.

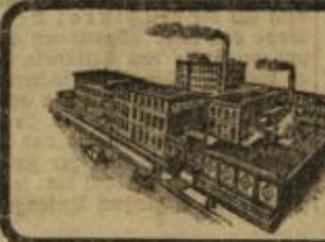
An demselben sind alle Beschwerden gegen Entscheidungen des Vorstandes zu richten.
Der Vorstand.

Singer unübertroffen
Leber die Vorteile
verlange man
Singer Läden überall
Metallbetten
Polstermatratzen, Kinderbetten
hängt an Erbkais. Katalog frei,
Eisenwerkzeugfabrik Gust. L. Dür.

Ziehung: 12.-15. Februar
Wohlfahrts-Geld-Lotterie
der Deutschen Kolonial-Gesellschaft
330/00 Lose. 1917 Goldgew. — Mark
400000
75000
40000
30000
20000
10000
Hauptgewinn: Mark
Wohlfahrts-Lose zu M. 3.30
Porto und Lins. extra 35 Pf.
zu haben in allen Loseverkaufsstellen
Lud Müller & Co
Berlin W 56, Werderscher Markt 10

Lagerbier
Ersatz ist **Metus-Gold,**
Schaum u. Farbe wie Lagerbier.
Malzbier
Ersatz ist **Metus-Caramel**
vollständig süßig, nahrhaft und wohlschmeckend.
Beid. Getränke sind ges. geschützte, werden unter Garantie weder trübe noch sauer.
Older-Trank, Apfelgetränk v. Appal. Bierunterkasser auf Wunsch grat.
Versand auch nach außerhalb nicht unter 5 Liter.
Man verl. Gebrauchsanweisung!
Hermann Führer, Berlin, Marsiliustr. 21.
Fernspr. Königstadt 2640.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
bietet am
Stadtbahnhof
Behandlung von Syphilis, Haut-,
Harn-, Frauenleiden, (bes. chron. Fälle).
Chlorid-Galvanisation, Lichttherapie,
kurze Behandlung ohne Strahlungs-
behandlung. Unterbrechung. Mög-
liche. Zahnabteilung. Sprechstunden
10—1 und 3—5, Sonn. 11—1.



Bäckerei-Genossenschaft Berlin.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Berlin, Urbanstraße 70 a.
Gewinn- und Verlustkonto per 31. Dezember 1916.

Debet.		Kredit.	
An Bilanzkonto	494,88	Der Bilanzkonto	110,10
Gesamtkonto	195,46	Bäckereikonto	145 619,94
Kassakonto	5 173,83	Barenkonto	7 303,33
Spezialkonto F.	20 461,31	Detailkonto	807,54
Spezialkonto B.	15 520,33		
Gesamtkonto-Unterkont.	4 688,55		
Verwaltung-Unterkont.	97 848,18		
Spezialkonto A.	4 409,61		
Detailkonto	3 799,72		
Gesamtkonto	3 179,49		
	153 270,91		153 270,91

Bilanz per 31. Dezember 1916.

Aktiva.		Passiva.	
An Kassenkonto G. C. G.	664,90	Der Bilanz-Guthabekont.	6 500,—
Anteilkonto G. C. G.	200,—	Kassakontokonto	5 100,—
Umsatzkonto	4 453,20	Spezialverrechnungskonto	4 952,53
Gesamtkonto	751,66	Unterzahlungskontokonto	2 484,50
Kassakonto	1 000,—	Verleihenkontokonto	8 880,—
Kassakontokonto	5 173,83	Kontofortkonto	12 547,95
Spezialkonto F.	617,65	Gewinn-Verlustkonto	3 179,49
Kassakonto	34 287,18		
Spezialkonto B.	788,75		
Gesamtkonto-Unterkont.	450,—		
Bäckereikonto	4 006,24		
Barenkonto	176,29		
	43 564,47		43 564,47

Im Laufe des Geschäftsjahres 1916 ist kein Genosse eingetreten resp. ausgeschieden. Im Laufe des Geschäftsjahres gebühren der Genossenschaft 26 Genossen an mit einer Gesamtsumme von 6500 M. und einem Mitgliedsbeitrag in derselben Höhe. Die Gesamtsumme und das Mitgliedsbeitrag hat sich gegen das Vorjahr nicht vermehrt und nicht vermindert.
Der Vorstand.
Wilhelm Haase. Wilhelm Wilberg. 15335

Was wissen Sie von der vaterländischen Hilfsdienst-Pflicht?
In der soeben erschienenen Schrift: **Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst**
mit Erläuterungen für jedermann von Justizrat Bernhard Schoenlaak in Berlin, finden Sie die Fragen, die sich Ihnen als **Hilfsdienstpflichtiger** aufdrängen, in klarer Weise beantwortet. Die Schrift ist ein Wegweiser für die Pflichten und Rechte, die im Gesetz verlangt und gegeben werden.
Preis M. 0,75. Bei vorheriger Einsendung (durch Postanweisung, nicht Marken) franko Zusendung, unter Nachnahme 20 Pf. mehr.
Verlag von Fritz Hoessemer, Berlin S. 42, Oranienstr. 140/2; auch durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Moritzpl. 3014.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags v. 12—3 Uhr geöffnet.